

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

239 (13.10.1913) Erstes Blatt



# VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75  $\mathcal{M}$ , vierteljährl. 2,25  $\mathcal{M}$ ; abgeholt monatl. 85  $\mathcal{M}$ ; am Posthalter 2,10  $\mathcal{M}$ , durch den Briefträger 2,52  $\mathcal{M}$  vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr.  
Postfachkonto Nr. 2650.  
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20  $\mathcal{A}$ . Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

## Die Entscheidung naht!

Nur noch 8 Tage trennen uns von der Wahlschlacht, die für die weitere politische Entwicklung unseres Landes von der **allergrößten Bedeutung** ist.

### Das Volksgericht am 21. Oktober

soll darüber entscheiden, ob in Baden, dem ehemaligen liberalen Musterstaat, die Bahn für eine **politisch und geistig freiheitliche Entwicklung** offen bleibt, oder ob eine reaktionäre Mehrheit in den badischen Landtag einziehen soll.

Alles was zur Reaktion gehört, hat sich zusammengeschlossen, um in erster Linie den

### Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen.

**Parteigenossen!** Es ist kein Zufall, daß die Reaktion einen so haßerfüllten, auf dem Niveau der **gewöhnlichsten politischen Demagogie** geführten Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie führt. Unsere Partei hat im Landtage

### gute Arbeit geleistet.

Sie hat nicht nur mit Entschiedenheit stets ihren **prinzipiellen Standpunkt** vertreten, sondern auch auf allen Gebieten

### positive Leistungen

vollbracht, sodaß ihr **politischer Einfluß** dadurch wesentlich gestärkt wurde. **Das ist es**, was der Reaktion so gefährlich dünkt.

Wenn die Reaktion jetzt wieder das Gespenst des „Umsturzes“ beschwört, so spekuliert sie dabei nur auf die **politische Unerfahrenheit** und die leider so weit verbreitete **Unkenntnis** über die **Ziele und das Wesen der Sozialdemokratie**.

**Nicht** auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung sind die Bestrebungen der Sozialdemokratie gerichtet. **Niemals** hat die Sozialdemokratie irgend einen dahingehenden Versuch gemacht. Vielmehr hat sie ihre historische und politische Aufgabe immer darin erblickt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die gesellschaftliche und politische Umwälzung sich in den **Bahnen der Gesehlichkeit** vollziehen kann. Mit allem Nachdruck haben das unsere Vertreter immer und immer wieder in den Parlamenten erklärt.

Die revolutionäre Gefahr wurzelt **nicht** in den Forderungen und Zielen der Sozialdemokratie, sondern in dem

### Widerstand der Reaktion

gegen die Forderungen der **sozialen Demokratie**. **Nicht** durch den Kampf für, sondern immer nur durch den Kampf **gegen die Forderungen**, welche die geschichtliche und soziale Entwicklung bedingten, wurden die Revolutionen heraufbeschworen.

Es gibt **keine Forderung** im Programm der Sozialdemokratie, die **nicht auf gesetzlichem Wege ihre Verwirklichung finden könnte**. Wer das Gegenteil behauptet, kennt entweder nicht unser Programm, oder er stellt **Behauptungen wider besseres Wissen auf**.

**Auf in den Kampf!** Jede Stimme auf einen sozialdemokratischen Kandidaten ist ein Protest gegen die heutigen Zustände.

**Heraus aus den Hütten, heraus aus den Werkstätten auf den politischen Kampfplatz!**

Es gilt diesmal eine **politische Entscheidungsschlacht** zu schlagen. Das Zentrum hat gedroht, uns **mehr als die Hälfte** unserer Landtagsmandate abnehmen zu wollen.

**Wähler!** Wir stehen bereit. **Schließt die Reihen! Hoch die rote Fahne der Sozialdemokratie!**

Unsere Parole ist:

**Nieder mit der Reaktion! Vorwärts zum Sieg!**

Die Sozialdemokratie ist eine **revolutionäre** Partei und wir haben daraus **nie** ein Hehl gemacht. Aber unsere revolutionären Ziele bedingen **keineswegs** den **gewaltsamen Umsturz**.

Wir kämpfen für eine völlige grundlegende Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Dieses **an sich** revolutionäre Ziel versuchen wir aber **nicht** auf dem Wege des gewaltsamen Umsturzes, sondern auf dem der

### durchgreifenden Reformen

auf allen Gebieten des sozialen und politischen Lebens zu verwirklichen. Dabei sind wir uns durchaus bewußt, daß man **nicht willkürlich** sozialistische Experimente durchführen kann. Die sozialistische Gesellschaftsordnung **kann nicht** auf dem Wege der Gewalt etabliert werden, sie kann nur das **schließliche Resultat** einer großen Reihe durchgreifender sozialer und politischer Reformen sein. Um diese zu erreichen, kämpfen wir für den uns zukommenden Teil der **politischen Macht**. Je **größer die politische Macht der Sozialdemokratie wird**, je **intensiver** sie sich an den **Gesetzgebungsarbeiten** beteiligen kann, um so **größer die Gewähr**, daß die gesellschaftliche und politische Entwicklung sich in den Bahnen der **Gesehlichkeit** vollzieht.

Die reaktionären Parteien stellen die Tatsachen **geradewegs auf den Kopf**, wenn sie das **Gegenteil** behaupten.

Nicht durch den wachsenden politischen Einfluß der Sozialdemokratie, sondern dadurch, daß man ihn **künstlich** mit den Mitteln einer **reaktionären Gewaltpolitik** zu **unterbinden** versucht, wird die revolutionäre Gefahr heraufbeschworen.

**Wann und wo** hat die Sozialdemokratie Forderungen gestellt oder vertreten, die nur durch einen **gewaltsamen Umsturz** durchgeführt werden können?

Unsere Taktik und unsere Politik bewegten sich immer auf dem Boden der **Verfassung**, im Rahmen der **Reform**. Wer das Gegenteil behauptet, **lügt**.

**Parteigenossen!** Unser Kampf, den wir diesmal gegen die Reaktion führen, hat **nicht nur für Baden**, er hat

**für ganz Deutschland die größte politische Bedeutung**.

Unser Sieg ist ein Sieg der badischen nicht nur, sondern auch der **deutschen Sozialdemokratie**. Ebenso wäre aber auch ein Sieg der Reaktion nicht nur ein solcher für die badische, sondern für die **preussisch-deutsche Reaktion**.

Nicht mit verhüllten Fahnen sind wir in den Wahlkampf getreten, **offen und frei** bekennen wir uns zu unseren sozialistisch-demokratischen **Zielen und Forderungen**.

Wir kämpfen nicht nur gegen die Reaktion, sondern auch **gegen den Liberalismus** in allen seinen Schattierungen, dessen **politische Schwäche, Programmlosigkeit und Unzuverlässigkeit** wir die **politisch rückständigen Verhältnisse** in Preußen-Deutschland zu verdanken haben. Wir kämpfen für das **Selbstbestimmungsrecht des Volkes**, für eine **höhere soziale und politische Kultur**.



### Einen Mahn- u. Hilferuf an die Bischöfe

erläßt die ultramontane „Augsb. Postzeitung“. In einem Artikel „von hochstehender katholischer Seite“ schildert das Blatt die gewaltige Bedrängnis, in der sich das Zentrum befindet. Als gefährlichste Gegner des Merkantilismus werden bezeichnet: die Sozialdemokratie, die auf dem Venediger Parteitage sich als „Großblockfirma aufgemacht“ habe und unter deren Führung auch der Liberalismus wieder erstarke werde, und der Evangelische Bund, der die stärkste und mächtigste Hilfsorganisation des politischen Liberalismus sei. Diesen zwei mächtigen Feinden kann das Zentrum nur eine Organisation gegenüberstellen: den Volksverein für das katholische Deutschland. Nun seien aber Kräfte am Werke, um den Volksverein zu verdrängen, in der Arbeit und Organisation zu hemmen und einzuschüchtern. Deshalb sei es nötig, die deutschen Katholiken zu befreien, von der eingeübten Macht jener Elemente und Organe, die seit Jahren Nacht für Nacht arbeiten an der Schwächung des katholischen Volksvereins, an der Verdrängung der Organisation und der Führer“. Die Organisationsmüdigkeit, die Zentrumsmüdigkeit, die da und dort zu merken sei, entpinnung nicht zum geringsten Teil der Verdrängung und dem Ekel an dem ungeliebten Streit im eigenen Lager. Notwendig sei nicht die einzige und nicht die letzte der ultramontanen Lebensstationen. Wenn es so weitergehe, seien der Volksverein und das Zentrum in zehn Jahren „einfach karut“. Was die Katholiken und namentlich die führenden Katholiken erbitterte und entmutigt, sei das Gefühl, als ob „deutsche Bischöfe schützend oder helfend die Hände halten können über jene destruktiven Elemente und ihre öffentlichen Organe, vom katholischen Deutschland und Oesterreichischen Sonntagsblatt bis zu den Petrusblättern und der Kölner Korrespondenz“. Auf sich allein gestellt, könnten jene Elemente weder finanziell noch moralisch bestehen. Deshalb müsse dafür gesorgt werden, daß das Gefühl im Volke schwinde, „als ob nur irgend ein deutscher Bischof hinter einem Organ jener Quertreiber stünde“.

Dem Zentrum muß das Feuer schon gewaltig auf den Nägeln brennen, wenn man sich dazu entschloß, die Bischöfe — oder die Salber, wie sie einmal ein hochstehender Zentrumsführer in Bayern nannte — durch die Zeitung anzufordern, die Quertreiber und ihre Organe in Licht und Bann zu tun.

Besonders nett macht sich übrigens die gut eingeweihte Beihilfdigung, daß deutsche Bischöfe die „destruktiven Elemente“ auch finanziell unterstützen. Vielleicht erfährt man im Verlaufe der unausbleiblichen weiteren Auseinandersetzung, welche Bischöfe damit gemeint sind.

### Der Sieg des Hofes in der Welfenfrage.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge erscheint es als gewiß, daß die Welfenfrage im Sinne des kaiserlichen Schwiegervaters gelöst werden wird. Die Tochter Wilhelms II. wird Herzogin von Braunschweig, ohne daß ihr Mann einen förmlichen Verzicht auf Hannover auszusprechen braucht. Die bürgerliche Presse regt sich über den Handel der beiden Dynastien nach wie vor schredlich auf und namentlich ein Teil der nationalliberalen, sowie der freikonservativen Blätter klammert sich noch immer an den Standpunkt, daß kein Welfe in Braunschweig einzuziehen dürfe, solange nicht das ganze Welfenhans einen förmlichen und ewigen Verzicht auf Hannover ausgesprochen habe. Zweifellos, daß in der Haltung der preussischen Regierung ein Umschwung, um nicht zu sagen ein Umfall, eingetreten ist, und daß man die jetzt mit den Hohenzollern verdrängten Welfen ganz anders behandelt hat als früher. Als durchschlagender Beweis für diese Tatsache muß die Erklärung des Fürsten Wilhelm vom 1. Mai 1907 anerkannt werden, in der es hieß:

„Es ist keine ausreichende Bürgschaft, wenn Se. Maj. Hohheit der Herzogin von Cumberland erklärt, daß er sich auf den Boden der Reichsverfassung stelle und daß er eine gewalttätige Aushung derselben nicht begünstigen würde. Ein sol-

ches passives Verhalten reicht nicht aus. Der Herzog müßte positiv auftreten, er müßte für sich und sein ganzes Haus rüchhaltlos und für alle Zeit auf Hannover verzichten und die Führer der welfischen Agitation müßten veranlaßt werden, sich einer solchen Erklärung ihrerseits ebenso rüchhaltlos anzuschließen. Es handelt sich in dieser Frage nicht um ein spezifisch preussisches Interesse oder um ein Interesse des Hauses Hohenzollern, sondern um ein Lebensinteresse der gesamten Nation.“

Wenn das richtig sein soll, und wenn andererseits die Tatsache feststeht, daß ein solcher Verzicht jetzt nicht mehr gefordert wird, dann ist der Schluß unausweichlich, daß in der Welfenfrage dynastische Interessen einen Sieg über das Lebensinteresse der gesamten Nation davongetragen haben. Man kann also der „Post“ diesmal gar nicht so unrecht geben, wenn sie in einem Artikel über „Welfische Hinterhältigkeit und preussische Harmlosigkeit“ zum Schluß ausführt:

„Wenn dieselben Reichstagsabgeordneten, die damals dem Fürsten Bülow Beifall klatschten, heute dem Herrn von Bethmann zustimmen sollten, so kann man über diese Politiker ruhig zur Tagesordnung übergehen. Derselben Würdelosigkeit und Väterlichkeit verfallen die nationalen Zeitungen, die früher den Bülowschen Standpunkt einnahmen und heute mit dem Bethmannschen sich abfinden. Staatsrechtlich und politisch hat sich gar nichts geändert gegen damals, es können nur höflich-perjorative Wünsche sein, die sie veranlassen, ihren damaligen woberzogenen Standpunkt zu verlassen. Sie alle setzen sich dem Verdachte aus, persönliche und höfliche Wünsche höher zu schätzen als das Wohl des Vaterlandes und ihren eigenen politischen Ruf.“

Ja, was bedeutet der politische Ruf, wenn man Gelegenheit hat, einem glücklichen Schwiegervater gefällig zu sein. Trotz allen Gebräus ist es doch längst abgemacht. Ernst August hat Viktoria Luise geheiratet und kriegt dafür die Braunschweiger als Mitgift. Diese haben bei dem ganzen Handel ebenjowenig etwas zu sagen, wie das übrige deutsche Volk.

### Die Aussichten des Sozialismus in den vereinigten Staaten

Gen. Longuet gibt in der „Humanität“ den Inhalt einer Unterredung mit Morris Hillquit, dem Geschichtsschreiber des amerikanischen Sozialismus, wieder, die von der zureichlichen Siegesgewißheit unserer Genossen jenseits des Ozeans Zeugnis gibt. Im Zusammenhang erklärte Hillquit im wesentlichen:

„Wir sind mit den Fortschritten unserer Bewegung sehr zufrieden. Die Millionen Stimmen, die wir bei der letzten Präsidentschaftswahl erhielten, ist nur ein Anfang. Binnen kurzem werden die europäischen Genossen erstaunt sein über Wachstum, Ausdehnung und Macht der Bewegung. Diese Hoffnung stützen wir namentlich auf die soziale Umgestaltung, vor allem die richtige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Seit 10-15 Jahren ist es darin allen übrigen Ländern voraus. Auch spielen die Trusts und Monopolgesellschaften in unserem nationalen Leben eine wichtigere Rolle als irgendwo anders. Und jetzt beginnt unsere Arbeiterschaft, von ihrem Dasein als Klasse Kenntnis zu nehmen. Bisher hatte unter Proletariat noch kein Klassenbewußtsein. Die wirtschaftlichen Formen waren in unserer Industrie früher nicht so klar. Es war verhältnismäßig leicht, aus einer Klasse in eine andere überzugehen. Die meisten Pioniere unserer großen Industrie, wie Carnegie und Rockefeller, haben sehr bescheidenen Ursprung. Aber das ist nun vorbei. Unsere großen Industrien sind heute fest gegründet. Wir sind zur Stufe des Erbkapitalismus und demzufolge auch des erblichen Proletariats gelangt. Damit hängt es zusammen, daß unsere bürgerlichen Parteien mit ihren alten „Plattformen“-Freihandel oder Schutzoll, Bimetallismus usw. immer weniger den Verhältnissen entsprechen. Fortwährend sehen wir sie, voll Unfähigkeit und Verwirrung, ihre Programme ändern. Die Demokraten haben es schon mehrfach getan. Roosevelt mit seiner Partei bedeutet das erste Auftreten einer liberalen Partei im modernen englischen Sinne im politischen Leben Amerikas. Zweifellos ist er ein Bourgeois, aber ein aufgestiegener, der begreift, daß man, um dem kapitalistischen Regime einige Festigkeit zu verleihen, der Arbeiterklasse notwendig Zugeständnisse machen muß. Man darf sich natürlich keine Illusionen machen über seinen Eifer für das Volk und seine „sozialisierenden“ Tendenzen. Teddy hat nie aufgehört, sich als Verteidiger der bestehenden Gesellschaft zu betennen. Er wiederholt der Kapitalisten-

klasse, daß sie die von ihm gepredigten Reformen machen müsse, oder daß wir eine Revolution haben werden. Seiner Fortschrittspartei fehlt es völlig an Einheitlichkeit und Zusammenhang. Er hat alle Arten christlicher Reformen, enttäuschte und mißvergnügte Politiker und persönliche Anhänger um sich geschart. So scheint diese gestern geborene Partei sich schon wieder aufzulösen. Neben dem „Roosevelismus“ gibt es eine andere Abspaltung nach links unter Führung des Senators La Follette von Wisconsin, die politisch noch weiter fortgeschritten ist. All das zerstückt die alten großen Parteien. Ihre besten Elemente kommen zu uns.“

Ein andere wichtige Ursache des Fortschritts des Sozialismus ist die Entwicklung der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften. Auf eine Entwicklung bei Combers ist freilich nicht zu rechnen. Es ist nicht zu erwarten, daß die konservative Denkart der alten Gewerkschaftsführer sich ändere. Aber die Masse der organisierten Arbeiter kommt mehr und mehr zu uns. Sie stellt immer mehr an die Spitze der Gewerkschaften Sozialisten, die als Parteimitglieder bekannt sind. Andererseits sehen wir nacheinander die großen Verbände der Bergarbeiter, Maschinenarbeiter, Elektrotechniker, Tabakarbeiter, Brauer, Wäcker an die Spitze ihrer Statuten eine sozialistische Prinzipienklärung setzen. 60 Prozent unserer Stimmen kommen heute von organisierten Arbeitern. — Daneben hat die Bewegung der I. W. W. (Industriearbeiter der Welt) namentlich aus dem Erwachen der ungelerten Arbeiter, die Hunderttausende Proletarier je zehnder Abstammung umfassen, Nutzen gezogen. Sehr elend und ohne politische Rechte, waren sie bisher eine passive und träge Masse. Aber die Härte ihrer Lebensbedingungen hat sie endlich aufgerüttelt. Es gab mehrere große Streiks außerhalb des Rahmens des amerikanischen Arbeiterverbandes, namentlich in Lawrence und Paterson, die übrigens traurig ausgingen. Die I. W. W. haben kein Geld und keine ernsthafte Organisation. Heute macht sich eine starke Arbeiterbewegung gegen ihre auslösenden und anarchisierenden Tendenzen in der Arbeiterklasse geltend. Aber ihre Aktion wird das Gute haben, uns die Dringlichkeit der bei den Massen der „Ungelehrten“ zu erfüllenden Aufgaben gezeigt zu haben. Wir müssen sie wirtschaftlich und politisch organisieren.“

### Deutsche Politik.

#### Bundesrat und Fideikommiss.

Wie sich der Bundesrat mit dem Beschluß des Reichstags, ein Verbot der Errichtung von Familien-Fideikommissen zu erlassen, abzufinden gedenkt, geht aus einer Notiz der „Deutschen Parlaments-Korrespondenz“ hervor. Es wird dort gesagt, daß die Frage der Fideikommissen zwar der Reichsregierung unterliege, insofern, als das bürgerliche Recht zur Materie der Reichsgesetzgebung gehöre und das Fideikommisswesen ein Teil des bürgerlichen Rechtes sei, aber durch Artikel 59 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch sei bestimmt, daß die landesgesetzlichen Vorschriften über Familien-Fideikommissen und Lehen mit Einschluß der allobizierten Lehen sowie über Stammgüter von dem Bürgerlichen Gesetzbuch unberührt bleiben. Wollte also das Reich durch seine Gesetzgebung einen Einfluß auf das Fideikommisswesen ausüben, so müßte eine Änderung des bürgerlichen Gesetzbuchs vorgenommen werden. Die Parlaments-Korrespondenz meint nun, daß die Bundesregierung hierfür nicht zu haben sein würden, denn es bestebe im allgemeinen durchaus nicht die Tendenz, Gebiete, die der Landesgesetzgebung vorbehalten sind, der Reichsgesetzgebung zu überlassen. — Das heißt also, daß sich der Bundesrat hinter die bundesstaatlichen Regierungen verbergen und dem Beschluß des Reichstags keine Folge geben will. Daß die bundesstaatlichen Regierungen, allen voran natürlich Preußen, nicht daran denken, von sich aus dem Fideikommisswesen einen Keckel vorzuschreiben, ist klar.

#### Beschluß der Bayern.

Aus vier schließlichen Kreisen hat die „Schlesische Volkszeitung“ bereits nähere Angaben über die Aufhebung bäuerlichen Besitzes gemacht, jetzt fügt der „Niederösterreichische Anzeiger“ genauere Daten aus dem Kreise Mlogau hinzu. In der Zeit von 1879 bis 1913 sind in diesem Kreise 213 Bestimmungen von Stellenbestimmern und 56 Bauerngütern vom Großgrundbesitz veräußert worden. Mit 25000 Mk. staatlichen Anleihegeldern soll jetzt das wieder gutgemacht werden, was der Großgrundbesitz jüdisch. Während die Gunter so einen nach dem andern auskauften, predigten sie bei jeder

### Die Flüchtigen.

Roman von Anton Fendrich.

13

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Lotte hielt einen Augenblick inne.

Sie hatte vor drei Wochen zum erstenmal den Baden der Frau Amrhein betreten, und Georgs Mutter mit ihrem Kränchen hatte wohl erkannt, daß die vornehme, junge Dame ihren kleinen Baden sicher aus andern Gründen besuchen müsse, als um jedesmal wahllos Wandel oder Ligen zu kaufen, die sie doch nicht für sich gebrauchen konnte. Aber da Lotte es klug und streng vermieden hatte, selber das Gespräch auf ihren Sohn zu bringen, und sogar als Frau Amrhein vor acht Tagen zum erstenmal von selbst von ihm zu reden anfing, sich ganz gleichgültig gebärdet hatte, da wußte Georgs Mutter mit all ihrer vorsichtigen Menschenkenntnis zuletzt doch nicht mehr, wie sie aus der guten aber höchst merkwürdigen Kundin klug werden sollte. Ihr Mutterstolz war geradezu verletzt, als sich Lotte nicht besonders neugierig den Mitteilungen über ihren Sohn gegenüber verhielt, und als die vornehme junge Käuferin wieder kam, bombardierte Frau Amrhein Lotte geradezu mit einem längeren Vortrag über Georg, seine bisherige Karriere und seine große Zukunft. Daß er ihr seit seiner Abreise noch nicht geschrieben hatte, berichtete sie wohlweislich. Nun ließ sich Lotte scheinbar so weit herbei, einiges Interesse für den Sohn der beredten alten Frau zu zeigen, die sich dadurch sehr gleichmühtig fühlte. Aber Georgs Adresse zu erfahren, war Lotte aller Sublimität ihrer Künste noch nicht gelungen. Den wahren Grund ahnte sie allerdings gar nicht, und ein wissender Hörer hätte seine helle Freude haben müssen an den fein angelegten Schachzügen, mit denen die beiden Frauen gegeneinander operierten, um etwas von einander zu erfahren, was beide weder wissen noch sagen konnten.

Als Lotte aus der dumpfen Säuerluft heraustrat auf den hellen Münsterplatz, sah sie, daß Frau Amrheins kleiner Baden voll war von Bauersleuten, die an den Marktagen ihre kleinen Einkäufe bei ihr machten. In der Sonne über-

den ganzen Platz hin standen gewaltige aufgespannte Schirme, unter denen Gärtnerfrauen auf Tischen und Bänken ihren farbigen Reichum an Blumen feilboten. Gegenüber reichten sich die Fleischerbuden, wo zwischen den großen Eichen frisch geschlachteter Tiere aus kleinen Wurkesseln ein nahrhafter Dampf stieg, dem Lotte mit raschen Schritten auswich. Von beladenen Bauernwagen herab bellten wachsame schwarze und weiße Spitzhunde einander an, und noch weiter hinten gegen die den Platz abschließenden letzten Häuser zu standen Gändler in blauen Mänteln und Bauern in samtigen Westen beieinander vor Pflöcken quackender Wildschweinen, und jeder suchte den andern mit höflicher Sorgfalt möglichst geschickt zu überlisten.

Aus dem bunten Meer der Kaufstände und Menschen aber erhob sich, unberührt von dem schmutzigen Gisch der Markts und Fleischens, wie ein großer reiner Gedanke das Münster, Lotte liebte ihn, diesen wunderbaren Bau. Wenn sie nicht Musikerin geworden wäre, hätte sie am liebsten Architektur studiert. Ihre vielen kleinen Aquarelle, die sie auf ihren Reisen gemalt, zeigten nie Landhäuser, sondern fast immer alte, schöne Gebäude. In den fast zwei Monaten ihres Aufenthaltes in der Stadt hatte sie schon unzählige Male mit den Augen die Konturlinien des Hauptbaues abgetastet, aus dessen roten Quadern sich die schlanke Turmpyramide zum Himmel aufstreckte, wie ein großes Gebet an die Schönheit. Die gotischen Spitzbögen des Münsters schienen ihr wie Porten der Hoffnung, und das zierliche Brüdennetz des Daches fügte Schönheit zum Ernst. Die Wasserpeier mit ihren Fratzen lachten herab auf den seltsamen Handel und Wandel der Welt unter ihnen und berieten des Baumeisters Sumor.

Lotte schwankte eine zeitlang, ob sie nicht auch die steinernen Schönheiten im Innern des Münsters genießen sollte, aber sie machte plötzlich kehrt, ging den Weg, den sie gekommen, zurück, und befand sich bald draußen vor der Stadt, wo sie zwischen den noch nachtschwarzen Gebirgskämmen hin dem nächsten Dorf entgegenwanderte.

Sie mußte heute laufen, viel und weit. Violettes Wiederschamkraut und gelber Rabenfuß begleitete sie auf dem

ganzen Weg, links und rechts in den üppigen Wiesen, und aus den gedehnten, dunkeln Bergwäldern grühten helle Buchen und Birken herab. Am Himmel bildeten sich schöne weiße Wolken, die ihr eine zeitlang das Geleit gaben und dann wieder zerflossen. Der angefüllte Bergbach, der ihr entgegenrauschte, sprang von immer höheren Felsstufen herab. Sie nahm den Weg fest unter die Fische und erst nach zweifelhändigem Wandern merkte sie, daß es schon zu spät zum Mittagessen zu Hause würde, und daß das Umkehren jetzt zwecklos wäre.

Auf einer Bank vor einer Waldlichtung in mäßiger Höhe, von wo man einen schönen Blick ins Tal hatte, setzte sich Lotte zum Ausruhen. Aber sie sah nicht die grünende und profunde Pfingstherlichkeit um sich herum. Sie war während des Gehens in einen immer rarereren Schritt gekommen und immer tiefer in sich selbst hinein versunken. Und nun nahm auf einmal eine Erleuchtung überhand, die sich in ein ihr sonst fremdes innerliches Mittel mit sich selbst auflöste. Sie fühlte sich grenzenlos allein in der Welt. Ihre ganze Liebe gehörte ihrer Kunst, aber diese strenge Meisterin strahlte nicht alle Wärme zurück, die sie bekam, und deren Lotte selber so sehr bedurfte zum Leben. Ihre Sehnsucht, ihren müden Kopf an die Schulter eines treuen Kameraden, eines ganzen Mannes, lehnen zu können, wuchs ins Unerträgliche, und sie fand einen Ausweg aus den Empfindungen, die ihre Brust bedrückten, erst, als sie zum erstenmal seit Jahren ganz in der Einsamkeit wild ausschlugte über sich selber.

Und was hatte sie jetzt, nachdem sie zahllose Enttäuschungen mit Männern erlebt, denn wieder vor?

Sie hatte sich das Bild eines Mannes vor ihre Sinne gezaubert, der in dieser Gestalt wahrhaftig gar nicht lebte, und war im besten Begriffe, wieder einem neuen Schemen nachzujagen.

Nach entschlossen erhob sie sich von der Bank, wuschte sich die Tränen aus den Augen, trat mit dem Fuß unwillig auf den Waldboden, und wie erdost über sich selber, stieß sie ein hartes: „Mein, das nicht mehr!“ zwischen den Bäumen heraus. (Fortsetzung folgt.)



Zahl derselben Renten den alten Bets, daß die Sozialdemokraten die Bauern von ihrer Scholle vertreiben. Die Aufhebung der wahren Verhältnisse ist den Agrariern höchst unangenehm, widerlegen oder können sie nicht.

Die Reichspostverwaltung als Lohnrücker.

Das Reichspostamt hat verfügt, daß eine ganz erhebliche Vermehrung der weiblichen Beamtenträfte vorgenommen werden soll. Insbesondere sollen bei kleineren Postämtern die unteren Beamtenstellen mit Gehilfinnen besetzt werden. Nach einer Ausbildungszeit von zwei Monaten soll diesen Gehilfinnen eine Entschädigung von 50-70 Mf. monatlich bezahlt werden. Diese Bezahlung läuft auf eine unerhörte Lohnrückerei hinaus. Wenn die Gehilfinnen dieselbe Arbeit verrichten müssen, die bisher von männlichen Beamten geleistet wurde, dann müssen sie unter allen Umständen auch in gleicher Weise bezahlt werden!

Eine schwierige Kommission.

Zur Untersuchung der Verhältnisse im Vieh- und Fleischhandel hat das Reichsamt des Innern im vorigen Jahr eine Kommission eingeleitet, in der auch die einzelnen Fraktionen des Reichstags vertreten sind. In den letzten Monaten sind auf Beschluß der Kommission 180 Sachverständige gutdöchtlich vernommen worden. Diese Gutachten hat das Reichsamt des Innern zusammengestellt und wird diese Arbeit nunmehr der Kommission in einer Sitzung, die auf den 28. Oktober festgesetzt ist, zur Erörterung unterbreiten. Daß aus dieser Kommission praktisch brauchbare Vorschläge zur Änderung der Fleischnot herauskommen, erscheint recht zweifelhaft. Schon die Zusammenfügung der Kommission bürgt dafür, daß man den einzig gangbaren Weg, die Beilegung der Einfuhrschranken, nicht betreten wird.

Ausland.

Frankreich

Ueber die Bedeutung der Reise Poincarés erklärte Ministerpräsident Pichon in Cartagena u. a.: Die Madrider Reise des Präsidenten, welche sich an die Londoner Reise anschließt, sowie die vom König Georg V. veranlaßte Entsendung eines Kriegsschiffes nach Cartagena sind neue Beweise für die engen und freundschaftlichen Beziehungen, die England, Spanien und Frankreich vereinigen. Der allgemeine Friede Europas kann daraus gewiß nur Nutzen ziehen. Was die besonderen Interessen Frankreichs anlangt, so sind diese zu offenkundig, als daß es notwendig wäre, sie eigens hervorzuheben.

Holland.

Das neue Ministerium und die Beamtenorganisationen. Der liberale Verkehrsminister Dr. Dehr hat eine Maßnahme getroffen, welche sich an die sozialistische Wahltag von vergangenen Juni nicht ohne Folgen bleibt. Er beauftragte den Generaldirektor des Post- und Telegraphenwesens, eine Konferenz der Vertreter sämtlicher Organisationen der Postangestellten einzuberufen, in der über eine Regierungsvorlage zur Aufhebung der Böhne beraten und weitere Wünsche des Personals entgegengenommen werden sollten. Die Konferenz hat am letzten Mittwoch unter dem Vorsitz des Generaldirektors und unter Zuzugung vieler hoher Postbeamten in Haag stattgefunden. Sie war auch besetzt von einer Reihe von den öffentlichen Postdirektoren ausgesuchter Personen, die das nichtorganisierte Personal vertreten sollten. Zufälligerweise waren diese Vertreter fast sämtlich auch Organisierte. Die Angestelltenvertreter einigten sich in ihren Wünschen, die dann von unserem Parteigenossen van Stapelo, dem Vertreter der Gewerkschaftszentrale, an die alle Postbeamten-Organisationen angegeschlossen sind, in einer längeren Rede erläutert wurden. Der Generaldirektor teilte mit, daß er foran eine ständige Vertretung aus der Organisation als Mitberatungsstelle für Personalfragen einzurichten gedenke und auch erweiterte Konferenzen, wie die jetzt abgehaltene, weiter einberufen würde. Bedenkt man, wie das Postpersonal und besonders seine Organisationen unter dem vorigen liberalen Kabinett immer drangsalirt wurden, dann ist der Fortschritt unerkennbar.

China.

Russen und Japaner in der Mongolei. Die chinesische Regierung hat Ausländern den Besuch der Mongolei verboten. Sie behauptet, daß russische und japanische Kommissäre die innere Mongolei durchwandern, um Chinas militärische Vorbereitungen auszukundschaften.

Landtagswahlbewegung.

Eine Erklärung Dr. Gönners.

Dem „Badischen Beobachter“ ließ Dr. Gönner folgende Erklärung zugehen:

In der Nummer Ihres geschätzten Blattes vom 10. ds. findet sich unter dem Aufsatze „Die Zentrumswähler der Stadt Karlsruhe“ die Behauptung, ich hätte mit Bezug darauf, daß das Zentrum in der Stichwahl 1912 den fortschrittlichen Kandidaten Dr. Haas gewählt hatte, gesagt: „Und eine Charakterlosigkeit war es vom Zentrum doch!“ Diese Behauptung entspricht den Tatsachen nicht! Zugleich bietet Herr Dr. Gönner für den Nachweis der Richtigkeit oben zitiert Behauptung 100 Mf. für den Wahlfond des Zentrums oder der Reichspartei an. Der „Bad. Beobachter“ schreibt: „Nach nochmaliger strenger Prüfung der Sache sind wir zu dem Ergebnis gelangt, daß die von uns aufgestellte Behauptung dem Inhalt nach vollständig richtig ist, daß Herr Dr. Gönner mit Bezug auf die Wahlstatistik des Zentrums bei der Reichstagswahl 1912 in Karlsruhe und Forzheim sich in dröseligster Art äußerte: „Charakterlos ist es vom Zentrum aber eigentlich doch!“ Dem Sinn nach ist das vollständig dasselbe, wie die von uns zuerst wiedergegebene Version. Dabei müssen wir bleiben und wir übernehmen dafür auch die volle Verantwortung. Auf die Auslobung der 100 Mf. lassen wir uns aus prinzipiellen und tatsächlichen Gründen nicht ein; unsere Wahlkasse braucht das Geld des Herrn Dr. Gönner so wenig, wie die der Reichspartei. Wenn Herr Dr. Gönner ein Interesse hat an einer durchaus zuverlässigen, objektiven Klarstellung des Falles, so müssen wir ihn schon bitten, einen anderen, geeigneteren Weg hierzu anzustreben zu machen. Für uns ist die Sache hinreichend geklärt.

In Baden-Baden

hat das Zentrum Stadtrat Trunk, Karlsruhe, als Kandidaten aufgestellt.

Badische Politik.

Die rote Fahne!

Das Ministerium des Innern hat Besch in seinem Politikerkampf gegen die moderne Arbeiterbewegung. Im

Frühjahr dieses Jahres mußte es sich vom Verwaltungsgerichtshof, der höchsten richterlichen Behörde Badens für Streitigkeiten aus dem Gebiete der Verwaltung, beschleunigen lassen, daß das Vorgehen der Polizeidirektion Karlsruhe gegen „die freie Jugend“ der gesetzlichen Grundlage entbehrte. Und jetzt wieder hat der Verwaltungsgerichtshof in einem Urteil vom 18. September 1913, das dieser Tage zugestellt wurde, eine Verfügung des Bezirksamts Karlsruhe aufgehoben, die in ebenfalls lächerlicher Weise die Arbeiterjugend zu schiknieren suchte.

Anlässlich des Arbeiterjüngertages an Pfingsten dieses Jahres wurde dem Vorsitzenden des Arbeiterjüngerbundes, Genossen Rechtsanwalt Marum, von der Polizeidirektion mitgeteilt, daß das öffentliche Umhertragen roter Fahnen nicht gestattet sei. Nachdem Genosse Marum sofort dem Polizeidirektor erklärt hatte, daß nach seiner Auffassung gegen das Tragen von Fahnen nichts einzuwenden sei, wurde ihm nach Erfundigung beim Ministerium am gleichen Tage noch eine Verfügung des Bezirksamts zugestellt, worin ausdrücklich das Umhertragen roter Fahnen bei dem Arbeiterjüngertag verboten wurde.

Bekanntlich haben sich die Arbeiterjünger um diese Verfügung des Bezirksamts nicht gekümmert, und es wird wohl bei dem Feste manche rote Sängerbühne lustig im Winde geflattert haben. Jetzt hat auch der Verwaltungsgerichtshof auf die erhobene Klage das Verbot der Polizeidirektion für unbegründet erklärt und aufgehoben.

Das Ministerium hat selbst offenbar vorausgesehen, daß es nichts ist mit dem Verbot und daß die entsprechenden Anordnungen des Ministeriums und des Bezirksamts, welche allgemein das Tragen roter Fahnen verbieten wollen, in dem Gesetz keine Begründung finden. Denn man suchte komischerweise sich darauf hinauszureden, daß die Verfügung der Polizeidirektion überhaupt kein Verbot gewesen sei, sondern lediglich eine wohlmeinende „Rechtsauskunft“ an den Genossen Marum. Der Verwaltungsgerichtshof hat aber den so gemachten Versuch des Ministeriums, sich von der Verantwortung zu drücken, zurückgewiesen und entschieden, daß selbstverständlicherweise eine mit der Klage angeführte Verfügung der Polizei vorlag.

Auch in der Sache hat der Arbeiterjüngerbund Recht bekommen und es ist für die Allgemeinheit von Interesse, die betreffenden Stellen des Urteils kennen zu lernen. Die Entscheidung lautet:

„Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die rote Fahne das Symbol der Sozialdemokratie ist, und von ihr zu politischen Demonstrationen verwendet zu werden pflegt. Die Mitglieder der am Feste beteiligten Vereine sind nach der Angabe des Klägers zu 40 Prozent Anhänger der Sozialdemokratie gewesen. Dem Vertreter des Staatsinteresses ist einzuräumen, daß die demonstrative Verwendung roter Fahnen bei einer Veranstaltung der vorliegenden Art in der Tat zu einer Störung der öffentlichen Ordnung führen kann. Die Befugnis der Polizeibehörde, aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit das Umhertragen roter Fahnen unter gewissen — nach Sachlage hier nicht näher zu erörternden — Voraussetzungen zu verbieten, kann an sich nicht in Zweifel gezogen werden. Dagegen kann die Polizeibehörde aber nicht als befugt erachtet werden, das Tragen roter Fahnen ganz allgemein, schlechthin zu verbieten. In der angeführten Verfügung fehlt eine nähere Umgrenzung des Verbots, das Umhertragen roter Fahnen wird darin allgemein verboten. Eine Erläuterung darüber, was unter „roten Fahnen“ im Sinne der Verfügung zu verstehen sei, ist dem Kläger weder schriftlich noch mündlich eröffnet worden. Die allgemeine Fassung der Verfügung legt die Deutung nahe, daß unter den roten Fahnen die Fahnen der am Feste beteiligten Vereine, also lediglich Vereinsfahnen zu verstehen seien. In diesem Sinne hat der Kläger das Verbot auch aufgeführt und es den Festteilnehmern bekannt gegeben. Aber gerade die Vereinsfahnen sollten nach der Erklärung des Vertreters des Staatsinteresses von dem Verbote nicht getroffen werden, die Staatsbehörde hat also in dieser Richtung die Unzulässigkeit der Verfügung eingeräumt.“

Daß aber die oben gekennzeichneten Demonstrationen durch die Verfügung getroffen werden sollten, kann aus der Verfügung selbst nicht entnommen werden. Es lagen auch keine Anhaltspunkte für die Annahme vor, daß eine politische Demonstration mit roten Fahnen überhaupt beabsichtigt, oder zu erwarten war. Es handelte sich um ein Sängertag; weder die Art der Veranstaltung, noch das Festprogramm und die Festchrift konnten jene Annahme rechtfertigen. Vereinsfahnen können aber nicht ohne weiteres als Demonstrationen angesehen und das öffentliche Umhertragen von Vereinsfahnen daher nicht schlechthin verboten werden, auch wenn ihre Grundfarbe rot wäre. Die angeführte Verfügung beruht in ihrer allgemeinen Fassung auf einer unrichtigen Anwendung des § 30 des Polizeistrafgesetzbuches, sie verletzt insofern die Rechte des Klägers und mußte daher aufgehoben werden.“

Zu dieser Entscheidung ist manches zu sagen. Wenn sie auch insofern erfreulich ist für die Arbeiterjugend, als es dort heißt, daß nicht ohne weiteres schlechthin das Tragen roter Fahnen verboten werden könne, so stellt sich doch leider der Verwaltungsgerichtshof auf den Standpunkt, daß unter Umständen die Verwendung roter Demonstrationenfahnen zu einer Störung der öffentlichen Ordnung führen könne. Diese Angst der Behörden vor der roten Fahne wirkt nachgerade kindisch. Und man muß wirklich schon sein ganzes Leben an dem grünen Tisch der Bürokratie zugebracht haben, um Verständnis für diese Angst zu bekommen. Ein normal denkender Mensch wird sich wohl nicht gut vorstellen können, wie allein durch eine rote Fahne die öffentliche Ordnung durcheinander gebracht werden soll.

Auf jeden Fall zeigt die ganze Affäre wieder einmal, in welcher kleinlicher Weise man von Seiten der Polizei den Kampf gegen die Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen zu führen versucht und auf der anderen Seite, daß man sich dabei nicht scheut, auch gesetzlich unzulässige Mittel anzuwenden. Die Arbeiterjugend wird sich eine Lehre aus dem Fall ziehen.

Der „Bad. Landesbote“

moquiert sich, weil wir die Bemerkungen des Herrn Stadtrats Trunk über die Fraktionierungsbemerkungen der Fortschrittler beim Zentrum abdruckten und behaupteten, man sei es von den Fortschrittler gemöhnt. Er meint, die privaten Gespräche von Sozialdemokraten, auf welche Herr Trunk seine Behauptungen wegen der Kandidatur Dr. Gönner stütze, zeigen, daß auch Sozialdemokraten in die gleiche Lage wie

die Fortschrittler kommen könnten. Mit Klau, da nicht der „Landesbote“ weit neben das Ziel. Noch kein Sozialdemokrat hat beim Zentrum wegen eventueller Unterstützung bei der Wahl sondiert, kein sozialdemokratischer Führer hat sich bei Führern des Zentrums mündlich oder telephonisch darüber erkundigt, welche Stellung das Zentrum für die Stichwahl eventuell einnehmen wird.

Wie man uns mitteilt, trägt sich Herr Trunk bei seinen Behauptungen auch nicht auf private Gespräche, die zwischen Sozialdemokraten und Zentrumsleuten, sondern unter Sozialdemokraten geführt und die dann weiterfortgeführt wurden. Wenn ein Führer der fortschrittlichen Partei, wie das bei der letzten Reichstagsstichwahl in Karlsruhe geschehen ist, einen Führer der Zentrumspartei wegen der Stichwahlparole telephonisch interpelliert und zwar gerade in der Zeit, wo der fortschrittliche Landesansatz darüber beratschlagt, ob die Kandidatur Dr. Haas zurückgezogen werden soll oder nicht und wenn diese telephonische Interpellation beim Zentrum ansgerichtet von dem Landesansatz geschieht, wo der fortschrittliche Landesansatz rasche, so ist das keine rein persönliche Angelegenheit mehr. Einen solchen Varen wird hoffentlich auch der „Bad. Landesbote“ niemanden aufbinden wollen. Wir blauen nicht in das Gort des Zentrums, wenn wir diese Tatsachen feststellen, sondern beleuchten nur und mit gutem Grund die Wahlparolen der Fortschrittler. Welches Kapital würde der „Landesbote“ aus solchen Vorgängen schlagen, wenn sie der Sozialdemokratie angekrebt werden könnte. Also nur nicht so zimperlich. Die Fortschrittler sollen aufhören, nach allen Richtungen hin auf Mandate zu spekulieren, dann passieren ihnen solche Geschichten nicht mehr.

Herr Wader einst und jetzt.

In seiner Broschüre vom Jahre 1900: „Wer fördert die Umsturzbewegung?“ schrieb Herr Wader u. a.:

„Er sei jederzeit bereit, im politischen Leben Arm in Arm mit Männern zu gehen, die ehrlich das Wohl des Volkes wollen, religiöse Dinge dulksam und gerecht behandeln und der Kirche ihr Recht und ihre Freiheit gewähren wollen... auch mit Juden und Atheisten. Er ist nicht willens, diese Sentenz zu verleugnen oder diesen Standpunkt zu verlassen, so lange er sich im öffentlichen Leben bewegt.“

Es ist eine äußerst perfide Verächtigung, wenn ihm das Arm in Arm mit Heiden und Atheisten zum Vorwurf gemacht wird. Zwischen persönlicher Freundschaft in privatem Verkehr und Zusammenarbeiten auf allgemein politischem und parlamentarischem Boden ist ein ganz wesentlicher Unterschied. Wenn das letztere in Frage steht, dann wäre es eine Torheit, wenn man sich darnach richten wollte, welcher Art die persönlichen Anschauungen und Bedürfnisse auf religiösem Gebiete sind. Wenn der fromme evangelische Christ oder Katholik der katholischen Kirche die nötige Bewegungsfreiheit versagt... während der Atheist, der für seine Person religiöse Bedürfnisse nicht kennt, Toleranz, Freundschaft und Gerechtigkeit auch auf die katholische Kirche ausdehnt, dann wird man doch nicht in banger Scheu sich betreten, den letzteren abweisend, ausrufen sollen: „Einweg, unchristlicher Gottesläugner!“

Nun, wenn das Zentrum wirklich die sozialdemokratische Partei bei Wahlen unterstützen würde, um die Zahl der nationalliberalen Abgeordneten zu vermindern, und dadurch erwünschte Kammerbeschlüsse zu ermöglichen, so wäre der Zweck ein durchaus unanfechtbarer. Auch das Mittel wäre wenigstens gesetzlich und staatsrechtlich tadello. Gesetzlich und staatsrechtlich ist die Wahl von Sozialdemokraten gerade so statthaft, wie die von Nationalliberalen oder Konserverativen, Demokraten oder Zentrumsleuten usw.“

Damals wurde dem Zentrum und speziell Herrn Wader vorgeworfen, die „Umsturzbewegung“ zu fördern. Seite liegen die Dinge umgekehrt. Jetzt schreibt das Zentrum und Herr Wader Zeter und Morbio über die drohende Umsturzgefahr. Es ist aber heute der selbe Schwindel, wie im Jahre 1900. Das Biat aus der Wader-Broschüre ist nur ein neuer Beweis dafür, welchen Gumbug das Zentrum in der Politik treibt. Die Enttarnung der Schwarzgen über die Nationalliberalen war von allem Anfang an nichts als Heuchelei.

Es war eben nicht dasselbe.

Der „Badische Beobachter“ nimmt unter dem Titel: Wenn zwei dasselbe tun zu der von uns kritisierten Neuheftung des reichsparteilichen Kandidaten Haas Stellung. Jaak sagte u. a.:

„Wir haben ja schon eine Arbeitslosenversicherung in den Krankenkassen, denn wenn der Arbeiter heute arbeitslos wird, dann meldet er sich morgen krank, es gibt ja Krankheiten, die der Arzt nicht so leicht feststellen kann, z. B. Rheumatismus usw.“

Der „Bad. Beobachter“ mißbilligt zwar die Neuheftungen von Jaak, zitiert aber dann ein Flugblatt der Krankenkasse, in welchem es u. a. heißt:

„Um ein weiteres Anwachsen der bezeichneten Ausgaben zu vermeiden, möchten wir auf die allgemein bekannte Tatsache hinweisen, daß nicht zuletzt die Kassenmitglieder, und zwar ohne sich hierbei selbst zu schädigen, häufig in der Lage sind, mit unbegründeten oder übertriebenen Ansprüchen auf Kassenleistungen in Form von Krankengeld, Arzneien usw., sowie Verpflegung in Krankenanstalten und besonders in Gemeinnützigen zurückhaltender zu sein und die Kassen vor unnötigen Ausgaben zu schützen... Während Privatkranken nach überhandener Krankheit auch in der Mitte der Woche wieder ihrem Erwerb nachgehen, haben sich die Kassenkranken daran gewöhnt, sich nur auf den Beginn der Woche arbeitsfähig schreiben zu lassen.“

Der „Beobachter“ meint, was in diesem Flugblatt stehe, sei für die Arbeiter ein schlimmerer Vorwurf als das, was Herr Jaak gesagt hat. Wir müssen dem ganz entschieden widersprechen. In dem Flugblatt wird gegen diejenigen vorgegangen, welche die Krankenkassen schädigen, indem sie die Unterstüßungen der Kasse auch dann beanspruchen, wo es nicht nötig und nicht berechtigt ist. Wenn dagegen ein Kassenvorstand vorgeht, tut er lediglich seine Pflicht. Es gibt leider Leute, welche Krankheit simulieren. Das zu bestreiten wäre Torheit und wenn Herr Jaak nichts anderes gesagt hätte, wäre uns nicht eingefallen, ihm einen Vorwurf zu machen. Herr Jaak aber hat die arbeitslosen Arbeiter ohne jeden Unterschied in einen Koff mit den Simulanten geworfen und erklärt, die Krankenkassen seien sozusagen Versicherungen gegen faulende Arbeiter, dagegen haben wir protestiert und dagegen hat sich auch in der Versammlung selbst ein christlicher Arbeiter ganz entschieden gewendet. Daß der Berichterstatter des „Bad. Beobachter“ diesen Passus der Rede des Herrn



Haar ganz überhört und den christlichen Arbeiter, der dagegen protestierte, im Bericht gar nicht erwähnte, ist zum mindesten sonderbar.

Auf das Stimmzählen

Scheinen sich diesmal auch die Bauernbündler verlegen zu wollen. Sie haben im Wahlbezirk Wertheim-Waldürn, der eine bombastische Domäne des Zentrums ist, in der Person des Bürgermeisters Wiesner in Urphar einen eigenen Kandidaten aufgestellt.

Ein Staatsschulbuch. Wie zu erwarten war, ist die neue Einrichtung des Staatsschulbuches schon stark benützt worden. Nach dem Stand auf 30. September 1913 sind bereit 626 Konten mit Schulbuchforderungen im Gesamtbetrag von 18 486 000 Mark eingetragenen. Die rasche Zunahme der Eintragungen innerhalb des kurzen Zeitraumes von 9 Monaten legt, wie in der „Karlshöhe Zeitung“ halbamtlich geschrieben wird, ein veredtes Zeugnis dafür ab, daß die unläugbaren Vorteile der Errichtung des Staatsschulbuches, namentlich die Sicherheit vor dem Verlust der Schulbuchforderungen oder der Zinscheine und die Bequemlichkeit des Zinsbezuges in weiten Kreisen gewirkt werden. Unter den Konteninhabern befinden sich neben kleine Kapitalisten auch große Anstalten, die sich mit der Umwandlung ihres Wertpapierbesitzes in Schulbuchforderungen die Verwertung ihres Vermögens vereinfachen und verbilligen.

Voranschlagsberatungen der Landesversicherungsanstalt Baden.

Der aus 13 Arbeitgebern und ebensoviel Arbeitnehmern bestehende Ausschuss der Versicherungsanstalt versammelte sich am 8. und 9. d. M. in der Heilstätte Luisenheim, um die Mittel der Landesversicherungsanstalt für 1914 zu bewilligen. Es war die Anberaumung der Sitzung in den Heilstätten selbst ein glücklicher Gedanke. Viele Vertreter, welche jährlich Millionen für die Anstalten bewilligen, ohne sie gesehen zu haben, hatten dadurch einmal Gelegenheit, die Heilstätten aus eigener Anschauung in ihrem Betrieb kennen zu lernen. Die Tagesordnung umfaßte 12 Punkte, von denen derjenige der Mittelbewilligung für die Heilstätten selbst und der für den Hauptvoranschlag dem größten Interesse der Versicherungsvertreter begegneten.

Der erste Punkt: Wahl der Vorsitzenden und der Stellvertreter. Ernennung der Schriftführer, hatte nur formale Bedeutung. Bestimmt wurden die Vertreter Lotthammer-Pforzheim und Mai-Mannheim als Vertreter der Versicherten.

Der zweite Punkt: Prüfung, Beantragung bzw. Abnahme der Rechnung von 1912, brachte eine lebhaft und interessante Debatte. Der Anstaltsvorsitzende Herr Geh. Rat Rasina begründete die Heberforderungen des Voranschlags in der Begründung Heilverfahren und Heilleistungen im Betrage von 68 551 M., welche in der Hauptsache in der bedeutend gestiegenen Mehranforderung künstlichen Zahnersatzes zu suchen sind. Die Renten verursachten eine Renterausgabe von 286 141 M. Während im Reich die Renten um 9,4 Prozent stiegen, sind dieselben in Baden nur um 8,6 in die Höhe gegangen. Es dürfte sich die Ursache dieses Wenigeraufwandes in dem in unserem Land sehr rasch und ausgiebig durchgeführten Heilverfahren darstellen. Der Vertreter der Versicherten des Kreises Heidelberg, Rasch-Heidelberg eröffnete die Generaldebatte mit einem kritischen Blick in den Geschäftsbericht der Versicherungsanstalt Baden pro 1912. Redner erkannte die immense soziale Arbeit, welche ganz besonders der Vorsitzende der Anstalt, Herr Rasina, auch im abgelaufenen Jahr betätigt, an. Mit der Anerkennung müsse jedoch auch eine sachliche kritische Aussprache Hand in Hand gehen. Bezeichnend sagt der Geschäftsbericht der Versicherungsanstalt, und er bestätigt damit die Klagen der Arbeitsekretariate und das Drängen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach entsprechenden Reformen, daß die Versicherungsanstalt einen Fall im August 1911 beim Reichsversicherungsamt anhängig machte, der bei der Fertigstellung des Jahresberichtes der Anstalt 1913 noch nicht erledigt war. Die Strafen, welche über säumige Arbeitgeber wegen Verstößen gegen die Vorschriften des Invalidengesetzes verhängt wurden, seien eigentlich so minimal und in ihrer Wirkung so gering, daß man seiner Verwunderung unerschöpflichen Ausdruck geben müsse. Das schlimmste waren 4 Tage Haft. Scharf bemängelte Rasch das auffallend hohe Prozentverhältnis der Beantragungen über mangelhaftes Fehlen der Invalidenmarken in der Stadt Pforzheim, welche Stadt bekanntlich, als die einzige im Lande, das Privilegium hat, die Marken selbst einzulösen zu dürfen. Im ganzen wurden dort in einem Jahre 1186 Beantragungen erhoben. In wieweit in die Augen springender Weise die Arbeiterversicherung die öffentliche Armenfürsorge entlastet, ging aus der Summe von 240 179 M. hervor, welche an die Armenverbände zur Auszahlung kommt. Mit großer Genugtuung begrüßte Redner die Tatsache, daß die Tuberkulose, soweit dieselbe Anlaß zu Invalidität gibt, seit dem Jahre 1901 von 20,1 Proz. auf 16,8 Proz. zurückgegangen ist. Die wahnwitzigen Krebserreben der bürgerlichen Presse gegen das von der freigeordneten Arbeiterkassen ins Leben gerufene Volksversicherungs-Unternehmen erfahren eine treffende Beleuchtung durch unseren Redner, der die Stelle des Geschäftsberichts zitierte, in welcher gesagt wird, daß die Wittrenten mit 76 M. (im Jahr) und die Waisenrenten mit 81 M. zu niedrig gegriffen seien und daß demgemäß die Arbeiterkassen hier durch eine Volksversicherung eingreifen könne, nicht überzähle. Diese Feststellungen wurden von den gesamten bürgerlichen Vertretern einschließlich der anwesenden christlichen Gewerkschaften samt den kritischen Bemerkungen Raschs lautlos hingenommen. Es ist auch ungleich schwerer, in solchen Fällen gegen einen so einwandfreien Kronzeugen, wie ihn die Landesversicherungsanstalt abgab, anzukämpfen, als in irgend einem verlogenen Waldmichel oder in einem sonstigen Scharfmacherpapier dem Schleifstein zu drehen. Nicht wenig ist die Tatsache bekannt, daß trante Angehörige von Versicherten, die nicht selbst versicherungspflichtig sind, in unseren Heilanstalten zu dem billigen Verpflegungssatz bis zu 3 M. täglich Unterkunft finden können. Bedauerlich sei die Feststellung in dem Geschäftsbericht der Anstalt, daß im Jahre 1912 215 Versicherte weniger als 1911 in das billigere Landesbad Baden-Baden eingewiesen werden konnten und diese Kranken den teuren Soolbädern zugeführt werden mußten. Die Verleihung eines großen Hotels in Baden-Baden mit 800 000 M. Versicherungsgeldern habe demnach den erhofften Erfolg hinsichtlich der Mehrbeschaffung von Badegelegenheit nicht gebracht.

Der Vorstandsvorsitzende erwiderte in einem langen Epilog. An der Wenigerzahl von Betten sei die Bausee schuld. Man möge die Geschichte mit der Volksversicherung nicht politisch ausnützen, wenngleich die Hinterbliebenenrenten ja nicht befriedigten. (Wir sind der Meinung, daß solche authentische Behauptungen nicht genug politisch ausgenützt werden können, um die maßgebenden Stellen und die politischen Kreise auf diese Mißgeburt von einer Hinterbliebenenversicherung immer wieder mit allem Nachdruck aufmerksam zu machen. D. W.) Hinsichtlich der Beantragungen in Pforzheim beleuchtet der Vorsitzende die Ursachen des Pforzheimer Systems mit dem Hinweis auf die Ersparungen, die die Landesversicherung dabei macht begründet gemacht hat. Renten seien 1912 419 mehr als 1911 bewil-

ligt worden; Kinderzuschüßrenten wurden 1912 56 bewilligt. Herr Kommerzienrat C. W. Mayer-Pforzheim findet das Selbstleben der Arbeitgeber in Pforzheim sehr gut. (Es soll ja diese Ausnahme in Baden auch sein eigenes Kind sein. D. W.) Schuld an der hohen Zahl der Beantragungen in Pforzheim sei die wackelige Kleidung der Marken. Die Versicherungsanstalt habe durch die Selbstklebung der dortigen Arbeitgeber schon in die Hunderttausende gekostet. (Dabei stellt aber der Herr Kommerzienrat die Kontrollkosten gar nicht in Anschlag und er geht auch mit einem kühnen Satz über die von uns erhobene Behauptung hinweg, daß der Versicherte durch das Selbstleben der Marken durch den Arbeitgeber viel mehr der Gefahr ausgesetzt ist, geringere Marken, oft gar keine Marken zu bekommen. D. W.) Recht naiv hörte sich die von demselben Herrn gestellte Frage an, was wir dem eigentlich da hineinzufragen hätten; wir sollen die Pforzheimer doch „gehen lassen“. Wir haben dem Herrn dann bedeutet, daß das unter gutes Recht ist, von welchem wir uns auch nicht ein Atom wegnehmen lassen. Wir, der Ausschuss, haben zu bestimmen, wie in Pforzheim gelebt werden soll. Hof-Karlshöhe hält eine Einigung mit Herrn Mayer für ausgeschlossen. Es sei aber doch in Pforzheim nicht alles so, wie es sein soll. Redner deutet Fälle an, die recht bedenklicher Art waren und behauptet, daß die Kontrollbeamten, welche dort die Arbeitgeber zu kontrollieren haben, nicht immer mit besonderer Liebenswürdigkeit empfangen werden. Daß bei 50 Kontrollen 42 Beantragungen zu verzeichnen sind, sei ein großer Mißstand. Es müsse auch für Pforzheim eine Änderung angestrebt werden. Redner geißelt im Anschluß die Leistung, nach welcher den Rentenempfängern die Renten entzogen werden und diese Renten denselben Rentenempfängern in der Form von Armenunterstützung wieder aufzulegen. Des weiteren sei es nicht fair, wenn Arbeitgeber, wie es vorkomme, ihren alten Altersrentenempfängern den Betrag der Altersrenten an ihrem Lohn in Abzug bringen. Die Vereinfachung von genügenden Geldern zu Zwecken des Arbeiterwohnungsbaues begrüßt Hof und gibt der Erwartung Ausdruck, daß man auf der beschrittenen Bahn weiter gehen möge.

Geheimer Rat Rasina bemerkt gegenüber Hof, daß man sein Verlangen, die Herabsetzung der Altersgrenze durch die Versicherungsanstalten zu fördern, dadurch zunächst nur fördern könne, daß man die Denkschrift abwartet, die in dieser Sache dem Reichstag zugehen wird. Hof: Durlach begrüßt gleichfalls die Verwendung reichlicher Mittel zum Arbeiterwohnungsbaue. Er erklart sich nach dem Schluß des Beschlusses vom Jahre 1912, nach welchem Versicherten, welche in den Städten Hypotheken der Versicherungsanstalt besitzen, in höherer Weise beliehen werden sollen, als das bei den weit geringeren Objekten auf dem platten Land der Fall ist. Es ist ihm mitgeteilt worden, daß nur neue Darlehensnehmer dieser Vergünstigung Gebrauch machen dürften. Ueber die Ergebnisse der Erhebungen der Versicherungsanstalt über die Heruntersetzung der Altersgrenze soll diese im Geschäftsbericht 1913 Bericht erstatten. Der Vorsitzende erwidert ihm, daß alle, ob neue oder alte Darlehensnehmer, in den Städten, die um Beliehungen nachsuchten, berücksichtigt werden wären. Nach einer weiteren Debatte zwischen Rasina, Mayer, Rasch und dem Arbeitgeber Werberich-Bomsen wurde dieser Tagesordnungspunkt nach gründlicher Auseinandersetzung einstimmig beschlossen. (Fortf. folgt.)

Schwere Schiffskatastrophe. 236 Menschen umgekommen.

London, 11. Okt. Nach einer Meldung aus Liverpool ist auf offener See der Dampfer „Vulturino“ von der Cunard-Linie auf dem Wege nach Rotterdam in Brand geraten. Der Dampfer hatte über 500 Passagiere an Bord, von denen beim Namensaufruf 236 fehlten. Die Zahl der Geretteten einschließlich der Mannschaft soll 521 betragen.

London, 11. Okt. Zur Katastrophe auf dem Dampfer „Vulturino“ werden nach folgende Einzelheiten bekannt: Der Dampfer „Vulturino“, der der Urania-Linie gehört, ist ein holländisches Schiff. Die Urania ist vornehmlich eine Auswandererlinie, die erst kürzlich gegründet wurde und deren Schiffe vom Land noch nicht registriert werden. Sie befördert zumeist russische Auswanderer, auf der Strecke Rotterdam-Newport. Es ist daher nicht anzunehmen, daß auf dem „Vulturino“ deutsche Auswanderer in größerer Zahl reisten. Die Cunard-Linie erhielt aus Liverpool ein Telegramm, wonach der Dampfer, mit mehr als 600 Passagieren nach Rotterdam unterwegs, am 10. Oktober, also am Freitag, auf offener See in Brand geraten wäre. Der Dampfer „Vulturino“ gab durch seine drahtlose Telegraphen-Apparate Sifferurfe ab, die von zahlreichen Dampfern aufgenommen wurden, die dann sofort an die Unglücksstelle abgingen. Der „Vulturino“ wurde brennend angetroffen. Während des Brandes explodierten die Kessel, doch blieb das Schiff die Nacht über noch auf dem Wasser. Die zu Hilfe geleiteten Dampfer, etwa 10, konnten wegen des herrschenden schweren Sturmes und hohen Seeganges sich dem Unglücksschiff nicht nähern und auch keine Boote auslegen. Der „Vulturino“ selbst verlor, vier Boote auszuweichen. Diese wurden jedoch von der See gegen das brennende Schiff geworfen und gescheiterten. Sämtliche darin befindliche Personen ertranken. Laufende von Passagieren der zehn Rettungsboote betrauteten von ihren Verbleiben aus voller Grausen das entsetzliche Schauspiel. Man sah, wie sich furchtbare Szenen unter den Frauen und Kindern abspielten, die auf dem brennenden Schiff dem Tode geweiht schienen. Um 9 Uhr abend brach das Feuer in der Mitte des Schiffes durch und die Kessel flogen in die Luft. Das dem Verderben geweihte Schiff fandte ein Bündel Kneten in die Luft, Rettungsbojen wurden ausgeworfen und einzelne aus der See aufgefischt. Bei Tagesanbruch war der „Vulturino“ noch über Wasser. Tausende von Menschen lauerten auf dem Hinterde. Da die See sich etwas beruhigt hatte, konnte das Rettungswert aufgenommen werden. Nach den bisherigen Feststellungen fehlen im ganzen 236 Personen von dem „Vulturino“. Die Liste der Geretteten wurde nach Queenstown abgesandt. Der Krümmmeister des „Vulturino“ nennt folgende Zahl der an Bord befindlichen Personen: 24 Fahrgäste 1. Klasse, 540 3. Klasse, 693 Mann Besatzung, insgesamt 657 Personen. Von dem Dampfer Kronland wurde aufgenommen der Kapitän, der 1., 2., 3. und 5. Ingenieur und zwei Telegraphisten. Die Germania hat 11 Gerettete an Bord, La Touraine 40, Winneapolis 30, Rappahannock 19, Zar 102, Karagansett 29, Aevonian 59, Großer Kurfürst 105 und Sphid 38, Kronland 90, im ganzen 621 Personen.

Bremen, 11. Okt. Von dem Dampfer „Großer Kurfürst“ des Norddeutschen Lloyd traf ein drahtloses Telegramm von der Unfallstelle des „Vulturino“ ein, das folgenden Wortlaut hat: „Wir empfangen die Hilferufe vom „Vulturino“ am Donnerstag nachmittag um 4 Uhr auf 48 Grad 50 Minuten nördlicher Breite und 36 Grad 6 Minuten westlicher Länge. Der „Vulturino“ wurde in total brennendem Zustande gefunden. Das Feuer entstand anscheinend durch eine heftige Explosion im Vordersteck, wobei verschiedene Passagiere und Mannschaften ge-

tötet wurden. Elf Dampfer befanden sich an der Unfallstelle. Es wehte ein heftiger Nord-Nordweststurm bei hoher See mit Dünung. Zwei Boote des „Großen Kurfürsten“ waren die ganze Nacht von 9 Uhr abends bis 3.15 Uhr früh unterwegs. Eine Annäherung an das Braud war fast unmöglich; die Rettung war nur durch Heberbootspringen möglich. Der „Vulturino“ sandte ein Boot mit fünf Mann, welche aufgenommen wurden, während das Boot gleich darauf sank. Vom „Großen Kurfürsten“ wurden insgesamt gerettet: 86 Passagiere, zwei Offiziere, ein Maschinist und 16 Matrosen. Insgesamt von allen Schiffen wurden 523 Personen gerettet. Firta hundert Personen werden vermißt. „Germania“ und „La Touraine“ suchten die Unfallstelle ab. Nach zwei vollbesetzten Booten des „Vulturino“ wird gesucht. Ein Erfolg ist unwahrscheinlich. Das Braud bleibt für die Schifffahrt gefährlich. Die Schiffbrüchigen sind wohl versorgt und gut plaziert und sehten die Reise fort.

London, 11. Okt. Ueber das Schicksal der im Telegramm der „Germania“ nicht als gerettet aufgeführten 236 Menschen von dem brennenden Schiffe „Vulturino“ sind hier keine weiteren Nachrichten eingegangen, aber man neigt zu der Annahme, daß sie zu Grunde gegangen sind, sei es auf dem Dampfer selbst, sei es in den Booten. Ueber auf dem hiesigen Bureau der Canadian Northern Company noch bei der Rotterdam Urania-Gesellschaft, die das Schiff gemietet hatte, ist näheres bekannt. Ein hiesiges Abendblatt gibt eine sensationelle Depesche über die Szenen beim Brande des „Vulturino“ wieder, die ihm auf drahtlosem Wege zugekommen sein soll. Das Schiff soll mit Werten hinreichend versehen gewesen sein. Da der Dampfer schwerlich viel entzündliche Güter an Bord hatte, überrascht die Schnelligkeit des Abrennens. Das Schiff hatte eine Besatzung von 98 Köpfen und 24 Kräftepassagiere; die Zahl der Passagiere wird in der drahtlosen Depesche der „Germania“ auf 540 angegeben, wahrscheinlich sind aber 640 zu lesen, da die Gesamtzahl 767 war. Gerettet sind 493 Passagiere und 29 von der Mannschaft, unter diesen der Kapitän und der Oberingenieur. Der Kapitän heißt Fing; er, wie die übrigen Offiziere, sind Engländer, während die Mannschaft meist aus Holländern bestand. Der „Vulturino“ war in 1896 in Glasgow gebaut worden.

Newport, 12. Okt. Die Schiffsgesellschaft Urania hat ihren Vorsitzenden beauftragt, sofort zwei Schiffe zum Auffuchen der Leichen des in Brand geratenen Dampfers an die Unfallstätte zu entsenden. In London war man bisher noch ohne nähere Einzelheiten über das furchtbare Unglück, dem der „Vulturino“ zum Opfer gefallen ist. Ebenso fehlten auch in Liverpool noch alle weiteren Details über die Brandkatastrophe. In den Bureau der North Canadian Schiffsfahrtsgesellschaft war man bis gestern abend spät in feierlicher Tätigkeit, um die Anfragen zu beantworten. Eine nach und nach zählende Menschenmenge umlagerte die ganze Nacht hindurch die Bureau der Gesellschaft. Man erwartet mit Spannung die Ankunft der Schiffe, auf denen sich die Geretteten befinden.

Gewerkschaftliches.

Lauf, 12. Okt. Die in den hiesigen Kartonnage- und Eisindustriebetrieben, sowie in der Preßbergolderei beschäftigten etwa 1000 Personen beschloßen in einer sehr stark besuchten Versammlung, in 14 Tagen in den Zustand zu treten und zu diesem Zweck die Kündigung sofort einzureichen. Sie verlangen Lohnerböschung und Verkürzung der Arbeitszeit; die Fabrikanten ließen sich jedoch zu Verhandlungen irgend welcher Art nicht herbei.

Soziale Rundschau.

Schutzallerisches. In Deutschland wurden 1911 151 900 und 1912 dagegen 178 961 beschuldigte Verbrechen gemeldet. Dagegen zeigen die Zahlen der Schlächtungen von Kindvieh usw. einen ständigen Rückgang.

Kroatien. In einem kroatischen Dorfe wurden 20 Familien durch eine Feuersbrunst obdachlos und völlig mittellos. Die Landesregierung aber kam ihnen zu Hilfe und bewilligte ihnen eine schriftliche Erlaubnis zum Wetteile!

Eine Warnung aus Californien. Infolge der 1915 in San Francisco stattfindenden Weltausstellung rüft sich jetzt schon ein wahrer Strom von Auswanderern nach dort. Trotz der Ausstellungsarbeiten jedoch ist die Arbeitslosigkeit in San Francisco wie auch in einigen anderen kalifornischen Städten schon erschreckend groß, weshalb die dortigen Gewerkschaften wie auch die deutsche Sektion der sozialistischen Partei dringende Warnungen vor weiterer Zuwanderung veröffentlichten.

80 000 M. Bruttolohn der Kruppischen Arbeiter. Wie die Kronenfirma Krupp, die jährlich 80 Millionen Mark Reingewinn erzielt, ihre Arbeiter bezahlt, wird durch eine Meldung aus dem Westerlande drahtlos mitgeteilt. Dort stellen die Geschäftsleute fest, daß die in den Kruppischen Bergwerken beschäftigten Arbeiter allein 80 000 M. Bruttolohn haben. Dort verdienen viele Familienväter nur 80-85 M. monatlich.

Außerordentlicher Verbandstag des Bauarbeiterverbandes. Um über die Einführung der Arbeiterunterstützung im Baugewerbe zu beschließen, beruft der Zentralverband des genannten Verbandes am 1. und 2. Dezember einen außerordentlichen Verbandstag nach Hamburg ein.

Gegen die Arbeitslosigkeit. In Elberfeld und Wermenden am Mittwoch und Donnerstag zwei hundert Arbeitslosenversammlungen statt. Einberufen waren diese Versammlungen von der Elberfelder-Arbeiter-Gewerkschaftskommission in Gemeinschaft mit dem Ortsverband der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften. Die Christlichen, die anfangs mit an der vorbereitenden Verhandlungen teilnahmen, schlossen sich später aus, obwohl die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht minder unter den Folgen der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Ueber das Thema „Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen und welche Verpflichtungen haben Reich, Staat und Gemeinden, die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Not zu lindern?“ sprachen Arbeitersekretär Gen. Krüger-Barmen und der Sekretär der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften Ingenieur Hofen-Düsseldorf. Obwohl sämtliche Stadtverordneten zu diesen Versammlungen eingeladen waren, erschienen nur mehrere sozialdemokratische, während die bürgerlichen durch Abwesenheit blühten. Eine Resolution, die die Kommunen Elberfeld und Wermenden auffordert, eine Vorlage zur Grundlagende der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einzubringen und zu beschließen, wurde einstimmig angenommen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion auf dem Elberfelder Rathaus hat für die nächste Sitzung folgenden Antrag eingebracht: „Einführung der städtischen Arbeitslosenversicherung und Vereinfachung von 20 000 M. hierfür.“

Oesterreichsches. Die staatliche Pensionsanstalt für Angestellte hat bei 115 006 verstorbenen Angestellten 530 Beamte, also auf je 218 Mitglieder einen Beamten.

Das Eisenbahnministerium plant die Einführung der unentgeltlichen Bahnbedienung für alle Eisenbahnbediensteten. Zu diesem Zweck wurden zunächst für Wien schon zehn Bahnwärter angestellt. Die Bahnwärtermeister in Graz sperren ihre Gehilfen aus. Da sie im Auslande Arbeitswillige suchen, sei vor Zugang gewarnt.

Biel zu auch in den Heilstätten in Frage, und man ist hinter dem hohen Trinken, sondern die Kräfte, die Heilstätten, in Judringlich ihrem Arbeiter mag es man die W... Die Re... gebenen betriebsmäßiger, paar Wirte unter denen... In dem Beschäftigten überall best... den Kroov... ist das in A... merin in A... zu leisten u... hat. Der über der K... Zeit hat... zugehende Be... nach diese... tion liefern... Beschäft... Paris zu... zeit ist, wi... Bundesrat... 16 Jahre... Ruhezeit ha... nachts aus... also um 10... die Arbeit... dem ist jed... jebe zweite... ist somit n... als Gast d... Wie sch... innen außer... für nicht 6... 15 M. pro... validenber... und den f... nichts bega... treffen ist... pro Mo... die Beiträ... Abzug brin... Staats-... Bezug auf... Die Re... ist zu beza... haben die... Parte zu b... solchen Ges... Abgaben zu... nicht schaf... Das w... Klagen in... meisten hat... übrigen St... Inliste. G... ga be n au... Stuhl- und... Linerlin, d... schritträger... aber noch... für das Re... Register... Mantel, m... tate oder f... geben eing... in der Ord... der Reinen... schäftsgru... das Ende... bis zu 100... bildet ein... ist nicht...

Räder... die Einfon... E-moll fen... der Hoford... abend mit... (B-Dur) d... zu den geg... darum auch... ten Brudn... gebendfen... Betonen d... Stangerbi... weise bon... strumenten... in 1. Ein... Thema, mel... Anwerdetu... trönder... Zur dieses... Dongenoe... zu schmette... benheit lä... nicht in M... wissen Ide... einander... lung unter... tung seiner...



Kommunalpolitik.

Die badische Regierung und die Hypothekensfrage.

Vom Vorstand des Grund- und Hausbesitzervereins Karlsruhe wird uns geschrieben: In einer amlichen Erklärung der „Karlsruher Zeitung“ vom 27. September 1913 ist die Behauptung des Referenten in der jüngst stattgehabten Versammlung des Karlsruher Grund- und Hausbesitzervereins (über die wir berichteten. Die Red.)...

„Dabei, daß bei diesen Bedingungen der Regierung oder der Stadt ein Einfluß auf die Festsetzung der Mietpreise einzuräumen sei, — wie in den Versammlungen der Grund- und Hausbesitzervereine verschiedentlich behauptet wurde —, ist bisher nirgends die Rede gewesen.“

„Hierauf ist folgendes zu erwidern: Im Erlaß des Großh. Bad. Ministeriums des Innern vom 1. März 1913, Nr. 62880, an den Stadtrat in Freiburg auf dessen Vorlage eines Ortsstatuts zur Gründung einer städtischen Hypothekensbank, der auch an die übrigen Städte der Städteordnung mitgeteilt worden ist, heißt es u. a. m. d. l.:

„Es solle die Gewährung von Baugeldern nur in Betracht kommen zur Beschaffung kleinerer oder auch noch mittlerer Wohnungen. Es sollte ferner die Gewährung von Geldern gegen 1. Hypothekentilgung ganz ausgeschlossen bleiben oder auf einen geringen Anteil der für hypothekentilgung Darlehen insgesamt verwendeten Mittel beschränkt werden, da es dem sozialen Unternehmertum wohl möglich ist, auf 1. Hypothekentilgung auch anderweitig zu annehmbaren Bedingungen Darlehen zu erhalten. Es sollte geprüft werden, ob es nicht vorzuziehen wäre, bestimmt begrenzte Anleihenmittel der Stadt in dieser Weise und nach Angabe bestimmter Satzungen, die durch ein Ortsstatut festzustellen wären, zu verwenden. Wir würden in diesem Fall anzuempfehlen, in den Satzungen zu bestimmen, daß Darlehen nur zum Bau von Kleinwohnhäusern im Sinne des § 4 Abs. 4 der R.W.O. (Verordnung vom 13. Jan. 1913) und von Mietshäusern mit höchstens 6, in Ausnahmefällen 8 Wohnungen mit höchstens 8 oder 4 Zimmern und Küche, ferner nur für den Betrag des Schätzwertes über 50 oder 80 Prozent und höchstens 80 Prozent des Schätzwertes gegeben werden dürfen und nur dann, wenn die vorstehende 1. Hypothek von der städtischen Sparkasse, städtischen Stiftungen oder anderen Verleihungsinstituten, mit denen die Stadt eine entsprechende Vereinbarung wegen Sicherung ihrer 2. Hypothek getroffen hat, gegeben worden ist. Es würde ferner in den Satzungen jedenfalls zu bestimmen sein, daß auf 2. Hypothekentilgung gegebenenfalls Darlehen getilgt werden müssen, und es würde wohl 1/2 Prozent als der Mindesttilgungssatz anzunehmen sein. In Betracht kämen schließlich noch Bestimmungen über den niedrigen und höchstzulässigen Zinssfuß der Darlehen sowie Bestimmungen, die der Stadt einen Einfluß auf die Festsetzung der Mieten für die Wohnungen in den beliebigen Häusern einräumen. Daneben können auch Bestimmungen dahin getroffen werden, daß und in welcher Weise Vorstöße an Grundbesitzbesitzer zur Bekämpfung der Kosten für Straßenherstellung sowie der Kanalisation und der Gehwegherstellung gegeben werden dürfen.“

Die Genehmigung dieser Satzungen würden wir uns für die Befreiung des Antrages auf Genehmigung zur Verwendung von Anleihenmitteln vorbehalten.“

Ferner hat das Großh. Ministerium des Innern im Erlaß an den Stadtrat Karlsruhe vom 1. Juli 1913, Nr. 26 626, betreffend der Vergabe von Darlehen auf 2. Hypothekentilgung u. a. m. d. l.:

„Den Inhalt der aufzustellenden Grundstücke anlangend, möchten wir empfehlen, nur Neubauten zu belassen, und zwar solche, auf deren Gestaltung ein Einfluß eingeräumt wird; bereits bestehende Kleinwohnungsbauten sollten nur unter ganz besonderen Umständen, etwa bei Vornahme von bauwürdigen Verbesserungen aus gesundheitspolizeilichen oder wohnungspolizeilichen Gründen oder dann belassen werden dürfen, wenn die im einzelnen Fall wünschenswerten wirtschaftlichen Erhaltung des Bestandes nur durch das Eintreten der Stadt gefördert werden kann, oder wenn die letztere an dem künftigen Erwerb des fraglichen Gebäudes ein Interesse hat. Ferner dürfte es angezeigt sein, den Höchstwert und die Stückzahl der Häuser, auf welche Darlehen gegeben werden können, zu begrenzen, um der Erbauung von vielstöckigen Mietskasernen entgegenzuwirken.“

Auf diese amtlichen Auslassungen des Großh. Ministeriums des Innern hat sich der Referent in seinen Ausführungen in der jüngst stattgehabten Versammlung des Karlsruher Grund- und Hausbesitzervereins und auch in vorausgegangenen Versammlungen geäußert und hat nichts anderes behauptet.

Im übrigen sei noch festgestellt, daß das Großh. Ministerium des Innern eine erneute Eingabe des Verbandes badischer Grund- und Hausbesitzervereine vom 5. Juli 1913, in dem die Bedenken gegen die Vergabe von Geldern der Gemeinden auf 2. Hypothekentilgung unter Hinweis auf die durch Vertrag gesicherte Rückversicherung zu widerlegen gesucht und erneut um ein geneigtes Entgegenkommen gebeten wurde, bis jetzt leider unerwidert gelassen hat.

Zu diesen Ausführungen äußert sich der „Staatsanzeiger“ wie folgt:

Im Schlußsatz des Artikels über die Gewährung 2. Hypothekentilgung durch die Städte vom 26. September 1913 ist bemerkt, es sei nirgends die Rede davon gewesen, daß bei den Bedingungen, unter denen 2. Hypothekentilgung gewährt werden sollen, der Regierung oder der Stadt ein Einfluß auf die Festsetzung der Mietpreise einzuräumen sei. Demgegenüber veröffentlicht nunmehr der Grund- und Hausbesitzerverein Karlsruhe einen Auszug aus dem Erlaß des Ministeriums an den Stadtrat Freiburg vom 8. März 1913, worin der Stadtrat darauf hingewiesen wird, daß bei Gewährung von Darlehen auf 2. Hypothekentilgung in Betracht kommen könnten, die der Stadt einen Einfluß auf die Festsetzung der Mieten für die Wohnungen in den beliebigen Häusern einräumen.

Hiernach ist allerdings der Stadt Freiburg gegenüber in Form einer Anregung von einer Einwirkung der beliehenden Stadt auf die Mietpreise die Rede gewesen. Es wurde aber nicht gefordert, daß eine solche Einwirkung zur Bedingung der Darlehensgewährung zu machen sei. Der Stadtrat Karlsruhe gegenüber ist aber von einer Einwirkung auf die Mietpreise überhaupt nicht die Rede gewesen.

Berichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 10. Oktober.

Der wegen allerlei Betrügereien vielfach verurteilte Sattler F. M. W. von Rue a. Rh. hatte sich heute wieder wegen Betrugs zu verantworten. Der Angeklagte war im Frühjahr dieses Jahres bei dem Sattlermeister Klotter hier beschäftigt, nachdem er kurz zuvor aus dem Zuchthaus entlassen worden war. Bei Klotter lernte er den Sattlerlehrling Knust von Elchesheim kennen, mit dem er sich anfreundete und auch Kenntnis von dessen in Elchesheim wohnender Mutter erlangte. Er benützte seine Freundschaft mit dem Bestreben, um von dessen Mutter ein Darlehen von 40 Mk. zu erschwindeln, um das er sich in einem Briefe anging, in dem er sich als väterlicher Freund und Beschützer des Jungen ausstellte und der Frau pünktliche Rückzahlung versprach; er sei ein ehrlicher Mann, der durch Unglück 8000 Mk. verloren habe, was nicht der Wahrheit entspricht. Ferner bestimmte er den Fuhrmann Knagel hier durch die falsche Vorpiegelung, er habe 100 Mk. Gerichtslohn zu bezahlen, wozu ihm noch 12 Mk. fehlten, ihm die 12 Mk. zu geben, obwohl Wörner ganz genau wußte, daß es ihm nicht möglich sein werde, das Geld zurückzugeben. Bei einem gelegentlichen Besuch bei der Frau Knust in Elchesheim gab er sich in einer dortigen Wirtschaft für den Sattlermeister Klotter aus und bestimmte dadurch die Frau, ihm die Sache aufzuschreiben und das Bargeld nach Karlsruhe zu geben. In Anbetracht der vielen Vorstrafen des Angeklagten erkannte das Gericht auf eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten, wozu 1 Monat Untersuchungshaft in Abzug kommen. — Die Tagelöhnerfrau A. S. geb. S. von Rittersdorf fällte eine Anweisung des Inhalts, daß der Inhaberin derselben aus Kosten des Bad. Frauenvereins im Monat Januar ds. Js. täglich ein Liter Milch ausgefolgt werden solle, und unterzeichnete sie mit dem Namen der Frau Dr. Claus. Diese Anweisung zeigte sie der Milchhändlerin Kern vor und erhielt daraufhin von dieser Milch und Rahm im Wert von 7,20 Mk. Die Frau unterschaltete ihre Handlungsweise mit der Notlage, in der sie sich damals befand, dadurch, daß sie im Wochenbett lag und ihr Mann arbeitslos war. Diesen Umstand zog das Gericht in Betracht und verurteilte die Angeklagte wegen Notbetrugs zu 2 Wochen Gefängnis. — Wegen schweren Diebstahls und Urkundenfälschung hatte sich der Kellerer E. B. von Koblenz zu verantworten. Dieser hatte im Juli d. J. in der Wohnung des Raders Böhmel, der ihn bei sich aufgenommen hatte, einen beschlossenen Schließel erbrochen und daraus einen Anzug, Stiefel und verschiedene andere Kleidungs- und Wäscheartikel im Gesamtwert von etwa 80 Mark entwendet. Darauf verhaftete er von ihm und wandte sich nach Pforzheim. Da ihm die Einführung dort unter eigener Firma etwas unsicher erschien, füllte er das vorgeschriebene polizeiliche Anmeldeformular auf den Namen „Fritz Berger“ nicht hat, einer Persönlichkeit aus der Konstanzer Chronik dramatisches Leben eingebaut. Mozarts „Così fan tutte“ wird am Donnerstag, 16. Oktober, wiederholt. Am Sonntag, 19. Oktober, geht Richard Wagners „Lohengrin“ in Szene. In Vorbereitung ist „Elektra“ von Strauß.

„Die im Schatten leben“ — verboten! Von einer Musterleistung polizeilicher Zensur berichtet der „Volkswille“ in Hannover. In Preußen muß sich alles im hellen, klaren Sonnenlicht abspielen. Der Schatten ist verpönt und im Schatten soll niemand leben, weils ungesund ist. Die Direktion des Deutschen Theaters teilt folgendes mit: Die Aufführung von Rosenows Drama: „Die im Schatten leben“ wurde der Direktion von der Zensur verboten; das Stück ist bekanntlich auch in Berlin verboten. Derartige Zensururteile in Verbindung mit anderen realistischen Rundgebungen liefern so recht hübsche Bilder, die reichlich in den Text verfreut werden, der den Festreden zu Freiheitskriegsjubiläum und dem Kaiserjubiläum zugrunde liegt. Einige Stunden von Hannover entfernt liegt die Bischofsstadt Hildesheim. Dort konnte unterm Rosenows „Die im Schatten leben“ frei und ungehindert öffentlich aufgeführt werden. Und es geschah nichts. Der Staat erlitt keinerlei Schaden, und die im Schatten leben, verjuchten nicht, mit Gewalt sich an die Sonne zu drängen, wenn schon sie geloben, sich zur Sonne durchzukämpfen.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe. Dienstag, 14. Okt. A. 9. „Aida“, große Oper in 4 Akten von Verdi. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Mittwoch, 15. Okt. C. 10. Zum erstenmal: „Der Jude von Konstantin“, Trauerspiel in 5 Akten von Wilhelm v. Scholz. Anfang 7 Uhr. Donnerstag, 16. Okt. A. 10. „Così fan tutte“ (So machens Alle), komische Oper in 2 Akten von Mozart. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Freitag, 17. Okt. B. 11. „Der Silberpelz“, Komödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann. Anfang 7 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. Samstag, 18. Okt. 4. Vorst. außer Ab. Auf allerhöchsten Befehl: Zum erstenmal: „Siegesbewirtung“ von Hehle. Hierauf: „Die Hermannsschlacht“, Drama in 5 Akten von

aus und machte sich dadurch der Urkundenfälschung schuldig. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten 1 Woche, abzüglich 1 Monat 1 Woche Untersuchungshaft. — Der Schweizer J. P. aus Holland wurde am Abend des 4. September d. J. beobachtet, wie er aus dem Eingang der Wirtschaft zum „Grünen Baum“, hier ein dort stehendes, angeschlossenes Fahrrad herausjoh, indem er das gesperrte Hinterrad in die Höhe hob. Er ging mit dem Fahrrad um die nächste Ecke und machte sich daran zu schaffen, offenbar wollte er das Schloß öffnen, um das Rad verwenden zu können. Ein Mädchen beobachtete ihn dabei und machte einen Schutzmännchen auf den Mann aufmerksam. Dieser nahm ihn fest und beschlagnahmte das Rad, das dem Eigentümer später wieder ausgehändigt wurde. Der Angeklagte bestreitet, der Täter zu sein, ist aber durch Zeugnisaussagen vollständig überführt. Da er wegen Diebstahls wiederholt bestraft ist, erachtete das Gericht eine besonders empfindliche Strafe für am Platze und verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefängnis, wozu 1 Monat Untersuchungshaft in Abzug gebracht wird. Das Gericht erachtete im Gegenfall zur Anklage, die einen Diebstahlsversuch annahm, den Tatbestand eines vollendeten Diebstahls für gegeben. — Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Reisenden J. E. von Bonn wegen Unterschlagung zu 5 Mk. Geldstrafe oder 1 Tag Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte E. Berufung an die Strafkammer ein, die zur Freisprechung führte. — Die Verhandlung der Berufung des Kaufmanns J. A. von Leinach, der wegen Vergehens gegen § 366 R.St.G.B. 10 Mk. Geldstrafe erhielt, wurde zwecks Ladung weiterer Zeugen vertagt. — Die Berufung des Drofshenalters J. A. von hier, der vom Schöffengericht hier am 4. August wegen Uebertretung des § 13 Riff. 1 der Drofshenordnung und § 184 R.St.G.B. zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, hatte zur Folge, daß die Strafe auf 4 Mk. herabgesetzt wurde.

Aus dem Lande.

Urlaub.

— Sozialdemokratischer Verein. In der Mitgliederversammlung vom letzten Freitag erstattete Gen. D. e. d. Mörch, der Parteitagstagesbelegierte unseres Kreises, den Bericht vom Parteitag. Zunächst habe ihm besonders die Art, wie die Stadt Jena sowohl, als auch die Jenaer Parteigenossen den Parteitag empfangen hätten, imponiert. Dieser Empfang dokumentierte deutlich den wachsenden Einfluß der Partei; jedenfalls stehet er wohlwollend ab von dem Empfang, den die badischen Arbeiterjungen in Karlsruhe (1) gefunden hätten. Zum Bericht über den Parteitag übergehend betonte er, daß ihm insbesondere die Parteimehrheit überrascht habe, mit der sowohl in der Massenkreisfrage, als auch in der Steuerfrage die entsprechenden Resolutionen Annahme fanden. Rückhaltlose Anerkennung sollte Redner dem Referat zum Arbeitslosenversicherung, welches, wie auch die Diskussion darüber, von gründlichem Studium des Problems zeugte habe. Gen. D. widmete sodann den Fällen Mader und Brüdner noch einige Worte. Die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft. Es beteiligten sich daran die Genossen Knacht, sowie die Genossen Menzel, Flaer, Hegel, Steinbrunn, Völscher, Haas, Mol und Weber. Es zeigte sich auch hier das selbe Bild wie anderwärts. Während in der Frage des Massenstreiks und in der Beurteilung der Haltung der Fraktion zur Militär- und den Deckungsarbeiten die Meinungen ziemlich weit auseinander gingen, war man sich in der Frage der Arbeitslosenversicherung einig. Daß bei dieser Gelegenheit auch wieder einmal Kritik an der Stellung des „Volkswille“ zu den auf dem Parteitag aufgeworfenen Fragen geübt wurde, wundert denjenigen, der die Verhältnisse kennt, nicht. Es scheint, daß diese Kritiken für ein unentbehrliches Requisite bearbeiteter Diskussionen gehalten werden.

— Das System der Arbeiterwochenkarten auf der elektrischen Straßenbahn Karlsruhe, wie es jetzt besteht, ist schon vielfach Gegenstand der Kritik seitens der Interessenten gewesen, besonders der Arbeiter, welche auf die Benützung der Straßenbahn angetrieben sind. Verschiedene Eingaben dieser Arbeiter an den Stadtrat Karlsruhe um Abstellung von Mietsständen, die sich im Lauf der Zeit herausgebildet hatten, blieben bis jetzt erfolglos. Auch gegenwärtig liegt wieder eine Eingabe den Arbeitern zur Unterschrift vor, worin der Stadtrat ersucht werden soll, die Arbeiterwochenkarten, wie sie jetzt bestehen, in solche für 12 bzw. 24 Fahrten umzuwandeln. Die Eingabe liegt im Leben des Herrn W. r. i. n. g., Karlsruher Allee 7, zur Unterschrift auf und die in Betracht kommenden Arbeiter wollen möglichst zahlreich unterschreiben.

— Verhaftet wurde am Samstag ein bei der Firma Gröbner beschäftigter Maschinenformer unter dem Verdachte, sträflichen Umgang mit seiner 16jährigen Stieftochter unterhalten zu haben.

— Die Sängerkolonie des Arbeiterbundes „Vorwärts“ unternimmt gemeinschaftlich mit dem Arbeiter-Gesangverein „Lassalle“ Pforzheim vom 11.—14. Juni 1914 eine Reise nach

Meist. Anfang 1/8 Uhr. Ueber das ganze Haus ist höchsten Orts verfügt. Sonntag, 19. Okt. C. 11. „Lohengrin“, große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, 11 1/2 Uhr. Montag, 20. Okt. A. 11. „Der Menschenfreund“, Tragikomödie in 3 Akten von John Galsworthy. Anfang 1/8 Uhr, Ende nach 1/2 10 Uhr.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Was jedermann von der Erkennung der Krankheiten und der Vorauslage des Krankheitsverlaufes aus dem Urin wissen muß. Neu bearbeitet von Dr. med. Meyer, prakt. Arzt. (6. Aufl.) 5. Auflage. Hofverlag von Edmund Demme, Leipzig. Der Wert und Nutzen einer rationalen Harnuntersuchung kann weder in der volkstümlichen noch in der wissenschaftlichen Heilkunde übersehen oder unterschätzt werden, da unter die wichtigsten Hilfsmittel zur Erkennung der normalen und der krankhaften Vorgänge im menschlichen Körper, ihres Sitzes, ihrer Natur und ihres Stadiums ganz unstreitig die Untersuchung ihrer Produkte gehört, also auch und nicht in letzter Linie die Untersuchung des Harnes, als eines der wichtigsten dieser Produkte. Wie man diese Untersuchung vorzunehmen hat, lehrt das Buchlein, dessen Rezipie empfohlen werden kann.

Chronisch kalte Füße, Wesen, Wirkung, Verhütung und Heilung. Von Dr. Orlow und Dr. Walsch (O. 30 Mk.). 8. Auflage. Hofverlag von Edmund Demme, Leipzig. Bei der für die Gesundheit höchst wichtigen Blutverteilung im Körper kommt den Füßen eine große Bedeutung zu. Die Ursache der unter den Kulturmenschen leider so sehr verbreiteten chronischen und ebenso unangenehmen kalten Füße ist keineswegs bloß die Folge ungenügender Fußpflege, sondern kommt von innen. Zur Heilung bezw. Verhütung des immer mehr oder minder allgemeine Gesundheitsstörungen anzeigenden Leibes genügt deshalb in der Regel durchaus nicht die Anwendung bloßer äußerer Mittel, es treten vielmehr, wie uns das Buchlein lehrt, eine größere Anzahl verschiedener Faktoren in die Erscheinung, welche kennen zu lernen jedermann bestrebt sein muß, der mit diesem folgenschweren Leiden zu kämpfen hat, um es in zweckentsprechender Weise zu bekämpfen zu können.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Fidelio“.

Am Freitag setzte Martin Wilhelm sein Gastspiel als „Hofkapellmeister“ in Beethovens einziger Oper „Fidelio“ fort. Leider stand diese Leistung hinter dem günstigen Gesamteindruck seines „Don José“ vom Freitag vor acht Tagen weit zurück. Seinem Organ gebricht es an tragfähiger Kraft, edler Fülle und sicherer Befähigung. Gerade der in der Höhe brillierende Schluss der großen Arie: „In der Engel-Konore“ hätte besonders stark unter diesen Mängeln zu leiden. Die Stimme des Gesanges wird in ihrem Wohlklang durch ein ständiges Tremolo abgeschwächt. Dieses Tremolo verhindert ein freies, ruhiges, sicheres Ansehen der hohen Töne, was der Sänger durch forcierte Tongebung zu erzwängen sucht, zu wenig aber die Ansichtsweise beherrscht, um den hohen Ton zu runden und zu formen. Ein Umschlagen ist dann die natürliche Folge davon. Ob sich also der Gast zum Sänger-Erstaß eignet, muß natürlich stark bezweifelt werden. Bei gewissenhafter Weiterbildung, speziell der Ansichtsweise, ließe sich wohl mancher Mangel beheben, und wäre dann ein Engagement, vielleicht für zweite Besetzung und zum erscheinenden Ausschließen, von begrenzteren Gesichtspunkten aus betrachtet, eher in das Bereich der Möglichkeit ziehen. — Der zweite Gast des Abends war M. a. s. e. i. m. T. r. o. i. s. c. h. als „Pizarro“. Mildernd für seine Beurteilung spricht der Umstand, daß er für den überbürdeten Max Büttner einsprang. Nachsichtig wollen wir deshalb die kritischen Äußerungen über ihn schließen, obwohl sich nicht leugnen läßt, daß die Aufführung unter seinem „Pizarro“ nicht unwesentlich zu leiden hatte. W. Sch.

Der Erinnerung an den 100. Geburtstag Verdis ist außer „Aristoff“, der gestern Abend gegeben wurde, zunächst noch die für Dienstag, 14. Okt., angekündigte Aufführung von „Aida“ gewidmet. In der Erstaufführung des „Juden von Konstantin“ am Mittwoch, 15. Oktober, wird der voriges Jahr durch seine „Vertauschte Seelen“ näher bekannt gewordene Dichter Wilhelm v. Scholz, der in mehr denn einer Beziehung zu unserer badischen Heimat gehört, eines seiner früheren Stücke aufgeführt werden. In dem „Juden von Konstantin“ hat von Scholz, der in seinen lyrischen Dichtungen die süddeutsche Landschaft beherrscht und auch eine Monographie über den Bodensee veröffentlicht



der Schweiz. Das Programm ist folgendes: 1. Tag (Fronleichnamstag) per Bahn nach Pforzheim, von da per Extrazug über Dorn, Immendingen, Singen nach Schaffhausen. Dortselbst Besichtigung des Rheinfalles. Weiterfahrt nach Zürich. Nach Antritt Aufsuchen der Quartiere und Besichtigung der Stadt. Abends 7 Uhr Konzert in der St. Jakobskirche. — 2. Tag. Weiterfahrt nach Luzern. Von da aus können verschiedene Ausflüge auf den Vierwaldstättersee und Umgebung und für geübte Fußgänger unter fachkundiger Führung Touren auf den Rigi, Pilatus, Mütli, Seelisberg, Schöllenenflucht usw. gemacht werden. 3. Tag. Von Luzern nach Weiringen (Verner Oberland). Vom Brüningspax aus, je nach Wunsch, Abstieg über den Hasliberg und durch die Albachschlucht nach Weiringen. Dortselbst Besichtigung der Aareschlucht und der Reichenbacher Wasserfälle. Mittags mit der Bahn nach Brienz, Besichtigung der Siechbachfälle am Brienzler See und Fahrt über denselben nach Interlaken. — 4. Tag. Dampferfahrt über den Thunersee, sodann per Bahn nach Bern. Dortselbst Konzert mit dem Gesangsverein „Eintracht“ Bern im Münster. Nachmittags Besichtigung der Stadt und Heimfahrt über Basel, Freiburg nach Durlach.

Dieses Reiseprogramm dürfte genügen, um die Mitglieder sowie sonstige Freunde und Gönner des Vereins zu veranlassen, sich zahlreich an der Reise zu beteiligen, umso mehr, da das Fahrgehalt nur 17 Mk. beträgt und den Teilnehmern Gelegenheit geboten ist, jetzt schon bei dem Kassier Joh. Wörner (Risingstraße) je nach Belieben Geldbeträge anzulegen. Nähere Auskunft erteilen gerne: H. Koch, Wilhelmstraße 7, 4. Stod; R. Weiner, Auerstraße 19, 3. Stod, und W. Glaz, Waldstraße 21, 3. Stod.

**Sitzungen.**

Die Bürgermeistereiwahl am vergangenen Samstag ist resultatlos verlaufen. Es erhielten der Kandidat des Zentrums Herr Dr. Fügler 31 Stimmen, der Kandidat der Fortschrittler, Nationalliberalen und Sozialdemokraten, Herr Dr. Karlenbach, 26 Stimmen und der in letzter Stunde aufgetauchte Kandidat, Herr Gemeindevater Trautmann, 23 Stimmen. Das Wahlergebnis zeigt gegenüber der Gruppierung in der Kommission ein verändertes Bild und daran sind die Fortschrittler schuld. Denn während Zentrum, Nationalliberale und Sozialdemokraten an den getroffenen Abmachungen festhielten, sind die Fortschrittler — mit Ausnahme von 3 — von dem Beschlusse ihrer Fraktion selbst „fortgeschritten“, d. h. sie haben nebensächlich gewählt. Nun ist ein zweiter Wahlgang notwendig, von dem wir, im Interesse des Ansehens der Stadt hoffen wollen, daß er von Erfolg sein möge. Die Stellung der Sozialdemokraten wird nun in Anbetracht der Unzuverlässigkeit des „Bundesbruders“ eine wesentlich andere sein wie vordem und die Bürgervereinsung wird nach der Wahl sich jedenfalls auf einen positiven Standpunkt einigen können.

**Bruchsal.**

Wahlversammlung. Am Samstagabend veranstalteten die vereinigten liberalen Parteien im „Kaiserhof“ eine öffentliche Versammlung, die gut besucht war. Als Redner traten der Kandidat, Eisenbahnsekretär Siegel, Obersekretär Kaupp aus Mannheim, Eisenbahnarbeiter Holzwardt von Mannheim und Rechtsanwalt Gönner von Karlsruhe auf.

Die Augen auf! Bei der am letzten Donnerstag stattgehabten Stadtratssitzung wurde die Mitteilung gemacht, daß die Rheinischen Schuldentwerte für die kommende Woche ein vollständiges Angebot vorlegen zwecks Versorgung der Stadtgemeinde mit elektrischer Kraft. Erst in den jüngsten Tagen durcheilte das Land die Mitteilung, daß der badische Staat die Regelung der Kabel des Kurkraftwerkes bereits in Angriff genommen hätte und daß insbesondere Bruchsal bis zur Inbetriebsetzung des genannten Werkes Strom in Völsche von Karlsruhe beziehen könnte. Es hat allen Anschein, als ob das so gut patriotisch und vaterländisch gestimmte „Bruchsal“ ein sehr empfängliches Herz für das Großkapital besäße. Von allen Dingen wird es notwendig sein, die Augen offen zu behalten, um zu sehen, was gespielt wird.

**Karlsruhe.**

Durchgebrannt. Ein in einer hiesigen Lederhandlung beschäftigter Kaufmann ist unter Mitnahme von 987,50 Mk., die er für seine Firma bei der Post einzahlen sollte, flüchtig gegangen. Er hatte in seinem Geschäft vorher noch die übliche Empfangsbekräftigung, den Posteinlieferungsschein, vorgelegt. Es stellte sich jedoch nachträglich heraus, daß dieser sowie der Stempel gefälscht war.

**Baden-Baden.**

Todesfall. Der frühere Hotelbesitzer Stadtrat und Stadtdirektor Julius Seefeldt ist nach langem und schweren Leiden aus dem Leben geschieden. Der Verstorbene war der Begründer des weithin bekannten Hotels Gungelshausen.

Töhr, 12. Okt. In Friesenheim stürzte sich die geisteskrank Frau eines dortigen Steuerbeamten aus einem Fenster über in 2. Stod gelegenen Wohnung und war sofort tot.

Bühnenbrand, 12. Okt. Der Feuer wurde das Doppelhaus des Landwirts Fehrenbacher und der Bürger Karl und Konstantin Braun im linken Hof vollständig eingeeißert. Es konnte fast nichts gerettet werden. Drei Familien sind obdachlos.

Weitersbad (A. Billingen), 12. Okt. Bei der Reparatur eines Kamins stürzte der Maurer K. Käufer vom Dachstuhl ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er ihnen erlag.

Waldkirch, 12. Okt. Der seit einigen Tagen demitste 12 Jahre alte Landwirt Faber R. am Bach aus dem Dettenbach wurde als Leiche in dem Weier der Delle aufgefunden.

Freiburg, 12. Okt. Hochherzige Spende. Von einer Dame in Berlin, die ungenannt bleiben will, sind Professor Dr. de la Camp für die medizinische Universitätsklinik Freiburg 50 000 Mk. zur Anschaffung von Radium und Mesothorium geschenkt worden.

Schönenhausen (A. Billingen), 12. Okt. In dem sogenannten Hof, Besitzer Landwirt Joh. Haller, brach Feuer aus, durch welches das ganze Anwesen vollständig zerstört wurde. Der Viehbestand konnte gerettet werden, dagegen ist das Kleinvieh und die Farnnisse verbrannt. Der Schaden wird auf 24 000 Mk. angegeben. Die Entstehungsurache ist unbekannt; es wird Brandstiftung vermutet.

Singen (A. Sadingen), 12. Okt. Der in den 60er Jahren stehende Dienstherr Jos. Schmitt ist in einer Anwendung von Schwermut mit einem Rasiermesser die Kehle durch und starb an der schweren Verletzung.

Reil a. G., 12. Okt. Nachdem die 60 Jahre alte Ehefrau des Fuhrmanns Dehler, die schon längere Zeit an Schwermut litt, schon mehrere Selbstmordversuche gemacht hatte, gelang es ihr gestern morgen, sich unbemerkt von zu Hause zu entfernen. Sie begab sich auf das Bahngelände und ließ sich vom Zug überfahren. Sie war sofort tot.

Neberlingen, 12. Okt. Die gerichtliche Untersuchung in der Affäre Schweyer-Wadley ist nahezu beendigt. Sie hat ergeben, daß Wadley in Rotweh gehandelt hat und all das bestätigt, was schon durch die Zeitungsberichte bekannt ist. So ergab die Untersuchung das Vorhandensein eines Testaments, in welchem die Tochter Schweyers zur Universalerbin des Vermögens des Wadley eingesetzt wurde. Die Untersuchung ergab ferner, daß Schweyer den Nachen des Bahnhofs nicht gemietet und am Liegebojen seiner Wille festgebunden hatte. Es wurden darin 2 Leinwandstücke, Seile und Seile gefunden.

Billingen, 12. Okt. Fingierter Raubanfall. Bei dem hiesigen Stationsamt lief vorletzte Nacht ein Telegramm von der Station Nidelshausen ein, daß zu einem Bahnwärtin in der Nähe der Station ein Italiener gekommen sei, der ihm erzählt habe, er sei in einem Zug von seinen mitreisenden Kollegen seiner Barschaft beraubt und dann aus dem fahrenden Zug geworfen worden. Es wurde sofort Gendarmerie und Schutzmansschaft herbeigerufen, die nach Eintreffen des Zuges drei Wagen mit den Italienern ausangieren ließ. Die Sicherheitsbeamten bemachten die ganze Nacht hindurch diese Wagen. Gestern früh nach 8 Uhr traf der Mann, der aus dem Zuge geworfen worden sein sollte, hier ein, konnte aber keinen der ihm gegenübergestellten als Täter bezeichnen, mußte vielmehr zugestehen, nachdem er sich in zahlreiche Widersprüche verwickelt hatte, daß er weder bedroht, noch überfallen, noch von ihm Geld genommen worden sei. Er war vielmehr in Nidelshausen freiwillig ausgehoben und hatte die ganze Sache erfunden. Die Behörde gab darauf sämtliche festgenommene wieder frei.

**Aus der Stadt.**

Karlsruhe, 13. Oktober.

**Die Sozialdemokratie unter der Wählerakt.**

So lautet das Thema, über das Genosse A. Weismann, Redakteur in Freiburg, am Mittwochabend in der „Bauhalla“ in einer öffentlichen Wählerversammlung sprechen wird. Als zweiter Redner wird der Kandidat des Kreises, Gen. L. Marum, über „Die bevorstehenden Landtagswahlen“ sprechen. Parteigenossen! Hoch gehen die Wogen des Wahlkampfes. Die Gegner halten Versammlung auf Versammlung ab. Da dürfen auch wir nicht zurückbleiben. Kommt in Massen in die Versammlung, zeigt den Gegnern, daß ihr fest und treu zur Fahne der Sozialdemokratie haltet. Auf in die Weismann-Versammlung, so muß am Mittwochabend die Parole der Wähler lauten.

**Zur Berichterstattung in Wahlversammlungen.**

Karlsruhe, 11. Okt. Der Vorstand des Vereins „Karlsruher Presse“ erlät folgende Erklärung: Es ist mehrfach vorgekommen, daß in Wählerversammlungen in Karlsruhe und auch sonst im Lande Vertreter der Presse, die als Berichterstatter der Versammlung beauftragt und als solche ihre Berufspflicht ausübten, durch Redner persönlich angegriffen und in die Debatte gezogen wurden.

Wir stehen nicht an zu erklären, daß solch ein Vorgehen durchaus unangehörig ist und die Möglichkeit der weiteren Berichterstattung über eine Versammlung in Frage stellt. In dem Berichterstattet ist stets eine außerhalb aller rednerischen Angriffe stehende neutrale Persönlichkeit zu rezipieren, die lediglich ihrer journalistischen Arbeit als Beauftragter einer Zeitung obliegt und unter dem Schutz des Vorsitzenden steht. In Versammlungen, in denen Berichterstatter den Angriffen von Rednern ausgesetzt sind, ohne daß der Vorsitzende Anlaß zum Einschreiten findet, müssen deshalb die anwesenden Journalisten auf eine weitere Berichterstattung verzichten. Da aber eine ungehörige Fortführung der Pressebeserate wohl im Interesse aller Parteien ist, so dürfen wir in unserer Anschauung künftig hier wohl der bereitwilligen Unterstützung aller Versammlungsleiter gewiß sein.

Der Vorstand des Vereins Karlsruher Presse. S. A.: Albert Herzog, 1. Vorsitzender.

Vom neuen Personenbahnhof hier. Bei Besichtigung des Gesamtbahnhofs erhält jeder den Eindruck: „Er hält innen mehr, als er außen verpricht“.

Wer die niemand imponierende Fassade von außen „bewundert“ hat und durch die kleinen Türen ins Innere schlüpft, ist von der Wucht und Großartigkeit der Wölbung der Schaltervorhalle erstaunt. Hier ist Platz vorhanden, der allen Ansprüchen genügt.

Geradeaus vom Eingang ist der Ausgang zu den Bahnsteigen durch zwölf Sperrtüren. Dieser unmittelbare Durchschlag kommt dem reisenden Publikum sehr zu statten. Bekanntlich war am alten Bahnhof gegenüber dem Hauptportal ursprünglich ebenfalls ein breiter Durchschlag zu den Bahnsteigen vorhanden, er kam jedoch in Wegfall, weil dieser Platz für das beim Erweiterungsbau „vergeffene“ Gepäckbureau benötigt wurde. Der Mangel eines solchen direkten Ausganges wurde bei starkem Verkehr als sicher unangenehm von den Reisenden und von dem Personal empfunden und wird dieser Fortschritt am neuen Bahnhof sicherlich allenthalben begrüßt.

Ebenso ist der mittlere Durchgang zu den einzelnen Bahnsteigen genügend breit und auch die Aufgangstreppe entsprechend allen Wünschen. Geradezu unwillkürlich: „Wie reimt sich die äußere Fassade des Hauptgebäudes (wenn man von einer „Fassade“ überhaupt reden kann) mit diesen wichtigen Gewölben zusammen?“

Große Anzeichen bezeichnen in den Treppenaufgängen zu den Bahnsteigen die Richtung der abgehenden und ankommenden Züge.

Der Bahnsteig I, der tiefer liegt als die andern Bahnsteige, also nicht in gleicher Höhe mit dem Fußboden der einzelnen Personenwagen, dient als Bahnsteig zum Ein- und Aussteigen der Führer.

Die Bahnsteige II und III dient für Züge der Richtung: Mannheim-Basel; der Bahnsteig IV für Züge der Richtung: Heidelberg; der Bahnsteig V für Züge der Richtung: Espinggen; der Bahnsteig IV für Züge der Richtung: Rödswog und Pforzheim.

Für die Maxauer und Eggenteiner Züge ist bekanntlich ein besonderer Bahnsteig da im Westen des Bahnhofs.

Die Landtagswahlen. In der Beilage unserer heutigen Stadtaufgabe bringen wir eine stadttraktische Bekanntmachung, aus der die Wähler die Einteilung der Stadt Karlsruhe in Wahlkreise und Wahlbezirke, die für die einzelnen Wahlbezirke in Betracht kommende Wahllokale und Wahlkommissionen, sowie die sonstigen Bestimmungen für die Wahl erleben können. Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß die Ausrückung der Stimmzettel am Donnerstagabend vorgenommen werden wird. Mögen sich die Genossen und Genossinnen für diesen Tag bereit halten. Das weitere wird noch bekanntgegeben.

**Vergnügungen und Unterhaltungen.**

Arbeiterdiskussionsklub. Am Dienstag, 14. Oktober, abends halb 9 Uhr, veranstaltet der Klub im Gemeindehaus der

Südstadt (Eingang nur Luisenstraße) einen Rezitationsabend, für welchen Hoftheaterregisseur Kienfischer seine Kunst zur Verfügung gestellt hat. Zur Vorlesung gelangt Gerhart Hauptmanns ergreifendes Drama „Michael Kramer“. — Am vergangenen Dienstag hielt Kunsthistoriker Oskar Gehrig einen feinsinnigen Vortrag über „Kunstströmungen“. Er legte dar, daß die Kunst eine Notwendigkeit im Leben, kein Luxus sei. Die Kunst müsse durch Studium aufgenommen werden, sie sei kein leichter Genuß. Wenn die Kunst ein Spiel wäre, so wäre sie ein einfaches Spiel. Der Kunstfreund muß sich einem Kunstwerk gegenüber fragen: „Was will der Künstler?“ und nicht: „Was will ich?“ Er muß auch fragen: „Warum will dies der Künstler?“ Der Kunst gegenüber haben die Schaffenden Pflichten, aber ebenso die Konsumenten. Durch seine interessanten Darlegungen wachte der Redner die Hörer zu fesseln, so daß diese für die wertvollen Anregungen mit lebhaftem Beifall dankten.

**Neues vom Tage.**

Bogen Duell beurteilt.

Mainz, 11. Okt. Der Leutnant Paul Bogt vom Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 18 wurde vom Kriegsgericht der 21. Division wegen eines im Sommer ds. Js. in der Gegend bei Berlin mit dem Rechtsanwalt Rauger-Berlin stattgehabten Duells zu 3 Monaten Festungshaft verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

**Neue Marine-Luftschiffe.**

Berlin, 11. Okt. Die Heeresverwaltung hat zwei neue Luftschiffe in Auftrag gegeben, die nach ihrer für das Frühjahr 1914 in Aussicht genommenen Fertigstellung die Bezeichnungen „L. 3.“ und „L. 4.“ tragen werden. „L. 3.“ ist nach dem Zeppelin-Typ gebaut und soll von größerer Leistungsfähigkeit als „L. 2.“ sein resp. weitere technische Verbesserungen zeigen. „L. 4.“ ist das erste Luftschiff der Marine nach dem Typ Schütte-Lanz. Auch bei ihm sind alle bisherigen Erfahrungen der Marine-Luftschiffahrt berücksichtigt worden. Wie die „L. 3.“ erfährt, wird das in der Nordsee untergegangene Luftschiff „L. 1.“ nicht sofort durch ein neues ersetzt werden, sondern es wird das dargelegene Bau-Programm für die Marine-Luftschiffe genau so durchgeführt werden, wie es ursprünglich vorgesehen war, ohne besondere Beschleunigung.

**Feuersbrunst.**

Oldenburg, 11. Okt. Gestern abend 8 Uhr brach in dem Seitenflügel des 20 Jahre alten Residenzschlosses ein gewaltiges Feuer aus. In diesem Flügel sind das Hofmarschallamt, die großherzogliche Schloss-Bibliothek, ferner das Kupferstich-Kabinett und eine Gemäldesammlung untergebracht die großen Wert besitzen. Die Truppen wurden sofort zur Brandbekämpfung kommandiert. Sämtliche Oldenburger Sympen waren in Tätigkeit. In zwei Stunden konnten die Wehren des Feuers Herr werden. Die Gegenstände wurden in den Hauptflügel des Schlosses gebracht. Die Gefahr scheint vertrieben. Der Großherzog weilt zurzeit in Göttingen. Die Vorstellung im Hoftheater wurde unterbrochen. In der Bibliothek befand sich das einzige Exemplar einer neuerdings erschienenen Schrift des Sachspiegels, das von ungeschicktem Werte ist.

**Urteil im Spionageprozess.**

Leipzig, 11. Okt. Im Spionageprozess vor dem Reichsgericht wurde der Angeklagte Kreuzner wegen verführtem Verrat militärischer Geheimnisse und Hehlerei zu vier Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt. Schlosser Dringenberg wegen Verrats militärischer Geheimnisse und Diebstahls zu 4 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Schlosser Schäfer wegen Hehlerei zum Verrat und Diebstahls zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, de Sacy wegen Verabredung des Verrats militärischer Geheimnisse zu 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht sah die Angeklagten als überführt an, den Versuch gemacht zu haben, Zeichnungen über geheimzuhaltende Gegenstände an eine fremde Macht zu vertragen.

**Verhaftungen.**

Halle a. d. S., 11. Okt. Aus einem Zuge der Bahnstrecke Guben—Halle wurden drei Mädchenhändler, die mehrere 16-jährige Mädchen mit sich führten, verhaftet. Ein Mitreisender hatte die in russischer Sprache geführte Unterhaltung verstanden und die Verhaftung veranlaßt. Ihr Reiseziel war Brasilien.

San Remo, 11. Okt. Der Kaufmann Karl Steuernagel, der nach Unterschlagung von 80 000 Mk. im Bankhaus Mumm u. Ko. in Frankfurt a. M. die Flucht ergriff, ist in San Remo verhaftet worden. Durch ein Dekret des Königs von Italien wird er nach Deutschland ausgeliefert werden. 70 000 Mk., die man noch bei ihm vorfand, sind an die Frankfurter Polizei bereits abgegangen.

**Fahrflüchtige Tötung.**

Görlitz, 11. Okt. Im hiesigen städtischen Krankenhaus wurde einer 19-jährigen Patientin ein Dampfbad bezogen. Dieses war aber so heiß, daß das Mädchen verbrühte und eine Stunde später starb. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Eine Wärterin wurde suspendiert.

**Unglücksfall.**

Budapest, 11. Okt. Der hiesige Stellenvermittlungsbesitzer Arvai verstarb vor dem Schlafengehen an einem nachtschlafenden Herze auszulösen. Die Kerze fiel um und entzündete einen geladenen Revolver, der daneben lag. Die Kugel drang dem Arvai ins Herz, so daß er sofort tot war.

**Eisenbahnräuber.**

Krafau, 12. Okt. Der „Gzas“ meldet: In einem Abteil 2. Klasse des Berlin—Krafauer Zuges fand ein Passagier, der in Beuthen in das Abteil einstieg, den Großindustriellen Müller von Zorski bewußtlos vor und benachrichtigte das Eisenbahnpersonal. Nachdem ein Arzt den Bewußtlosen zum Bewußtsein gebracht hatte, stellte sich heraus, daß ihm seine Brieftasche mit 16 000 Kronen bar Geld geraubt worden war. In seinem Abteil hatten zwei Herren und eine Dame Platz genommen. Nachdem sie mit ihm ein Gespräch angeknüpft hatten, boten sie ihm eine Zigarre an, nach deren Genuß er in einen tiefen Schlaf verfiel. Von den Räubern fehlt jede Spur.

**Suffragettenstreik.**

London, 11. Okt. Gestern abend schlugen Suffragetten eine große Anzahl Fensterheben in der Harleystraße ein, in Gärten, die hauptsächlich von den ersten Größen der medizinischen Wissenschaft bewohnt werden. — Gestern nachmittag zog ein Trupp von etwa 20 Suffragetten durch die Straßen und sangen nach ihrer eigenen Melodie: Gott errette alle Suffragetten, die man mit Gewalt eingesperrt hat.



Die Balkanwirren.

Der jungtürkische Kongress.

Konstantinopel, 12. Okt. Gestern hielt der Jungtürkische Kongress eine Schlusssitzung ab, um gemäß dem neuen Statut ein Zentralbureau der Generalversammlung zu wählen.

Ende der Behr erkrankt.

Konstantinopel, 12. Okt. Ende der Behr ist erkrankt, der Sultan hat seinen Leibarzt mit der Behandlung von Ende der Behr beauftragt.

Die Türkei und Bulgarien.

Konstantinopel, 12. Okt. Aus unrichtiger türkischer Quelle wird mitgeteilt, daß die Frage des westlichen Thrakiens entschieden ist.

Neue Kämpfe.

Seltinje, 12. Okt. An amtlicher Stelle eingegangene Meldungen berichten, daß die Albanesen gestern unerbittlich und mit überlegenen Kräften die ganze montenegrinische Front von Gusinje bis Djalova angegriffen haben.

Salona, 12. Okt.

Dier eingetroffenen sicheren Nachrichten zufolge haben in der Gegend zwischen Zpet und Djalova zwischen Montenegrinern, Serben und Albanesen Kämpfe stattgefunden, bei denen die Montenegriner und Serben geschlagen wurden.

Letzte Nachrichten.

Die bayerische Königsfrage.

München, 11. Okt. Zur bayerischen Königsfrage veröffentlicht die „Münch. Post“ ein weiteres Stück aus dem geheimen Regierungsgutachten, das den nunmehr wieder aufgenommenen Plan des Ministerpräsidenten Hertling, den Prinzregenten durch Proklamation und ohne Aenderung der Verfassung zum König zu machen, als vollkommen geeignet bezeichnet.

Unruhen in Kamerun.

Berlin, 11. Okt. Nach einer bei dem Gouvernment Kamerun eingetroffenen Meldung des Postenführers von Senbe sind in Senbe Ende August Unruhen ausgebrochen. Senbe liegt in der östlichen Ecke des Gebiets, das durch das deutsch-französische Abkommen vom November 1911 dem Schutzgebiet Kamerun im Süden zugeordnet ist.

jedoch mit 50 Trägern von Senbe und 16 Mann vom Begleitkommando nach Ngola weitermarschieren. Für den Posten Senbe besteht keine Gefahr. Senbe verfügt über 29 Gewehre und ist zur Verteidigung eingerichtet.

Die englische Regierung gegen den Großgrundbesitz.

London, 11. Okt. Lloyd George hat den angekündigten Feldzug der Regierung gegen den Großgrundbesitz mit einer Rede in Bedford eröffnet, in der er sagte: Die Sommerfrage und die Trennung von Kirche und Staat in Wales sind tatsächlich erledigt und mit etwas gutem Willen können die letzten Maßnahmen dafür getroffen werden.

Einberufung der spanischen Kammer.

Madrid, 12. Okt. Die Kammern sind für den 25. d. M. einberufen worden.

Ein Gewaltstreik Huertas.

Neuhort, 11. Okt. Nachdem infolge von Huertas Geldmangel und seiner anderen Bedrücknisse die Opposition im Kongress sich mehr hervorgeholt hatte, beschloß er, ihr durch einen Gewaltstreik ein Ende zu machen.

Erordnung des Senators Dominquez eingeleitet hatten. Dieser war nach einer Rede, in der er Huerta angegriffen hatte, getötet worden. Nach weiter eingelaufenen Meldungen soll nach der Verhaftung der Deputierten auf den Straßen Mexikos eine ungeheure Aufregung entstanden sein.

Juanichikais Amtsantritt. - Verhinderter Anschlag auf Juanichai.

Peking, 11. Okt. Die Amtseinführung des Präsidenten Juanichikai ging im Reichspalast vor sich. In seiner Antrittsrede hob Juanichikai hervor, daß er eine feste und stetige Politik führen werde.

Wasserstand des Rheins.

13. Oktober. Schusterinsel 1.50 m, gest. 4 cm, Rehl 2.31 m, gest. 3 cm, Maxau 3.75 m, gest. 3 cm, Mannheim 2.86 m, gest. 4 cm.

Verbandsangelegenheiten.

R. Mühlburg. (Bruderbund.) Heute abend 1/8 Uhr Probe für beide Chöre.

Gröningen. Am Donnerstag den 16. Oktober findet im „Löwen“ Parteiverammlung statt. Das Erscheinen jedes Parteimitglieds ist Ehrensache.

Verloren

im Schlachthof oder einer in der Nähe befindlichen Straßen schwarze Brieftasche mit Nr. 821. - Inhalt, darunter ein Scheck von Nr. 331. - Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe, weil von unbemitteltem Einkassierer verloren, in der Expedition des Blattes gegen gute Belohnung abzugeben.

Bekanntmachung.

Während der Herbstsaat - den nächsten drei Wochen vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet - sind die Tauben einzufangen.

Karlsruhe, den 10. Oktober 1913. 3890 Das Bürgermeisteramt. Dr. Horstmann. G. Beck.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten: Hermann Goos von hier, Magazin-arbeiter hier, mit Luise Gehring von Strüggart. - Karl Bürkle von Jänsenhausen, Schlosser hier, mit Sofie Seib von Gochsheim. - Ernst Zimmermann von hier, Schlosser hier, mit Emilie Reif von Ehlingen.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 1. bis 9. Oktober. Annaliese Emilie Lydia, B. Theodor Georg Steinmann, Pfarrer. - Ernestine Vina, B. Maximilian Zimmermann, Bademeister. - Margarete, B. Otto Philipp Dill, Wirt. - Friederich Johann, B. Jakob Georg Karl Arnet, Eisendreher. - Luise Maria, B. Friedrich Ludwig Breit, Schlosser. - August Otto, B. August Pfleger, Metallschleifer.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 4. Oktober. Georg Keller von Odenheim, Amt Bruchsal, Eisenreher, und die geschiedene Agathe Kommel geb. Segelbacher von Hölz, Gemeinde Untermendenbeuren, D. A. Lettnang. - Wilhelm Christian Sahger, Kaufm., und Frieda Sahger, beide von hier. - Adam Maximilian Walter Förster von Gaggenau, Amt Rastatt, Versicherungsbeamter, und Emilie Hiller von Karlsruhe-Knipprur.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Sterbefälle vom 7. bis 9. Oktober. Erwin Hermann B. Adolf Friedrich Wilhelm Bui, 5 1/2 Wochen alt. - August Friedrich, B. August Meier, Fabrikarbeiter, 1 Mon. alt. - Erwin Mar. B. Heinrich Julius Böffel, Maurer, 7 1/2 Mon. alt.

Gefangeneinbruch Karlsruhe-Mühlburg

Todes-Anzeige.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben unseres alten und treuen Mitgliedes

Philipp Engelhardt

geziemend in Kenntnis zu setzen. Die Beerdigung findet heute mittags 4 Uhr auf dem Mühlburger Friedhof statt. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung. Die Sängertreffen sind um 8 Uhr im „Rheinthal“.

Der Vorstand.

Arbeiter-Diskussionsklub.

Dienstag, den 14. Oktober 1913, abends 1/9 Uhr, im Gemeindehaus der Südstadt, Rezitation von Gerhart Hauptmanns

Michael Kramer.

Rezitator: Herr Hoftheaterregisseur Kiencher. Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder aus dem Arbeiterstand 10, für Sonstige 30 Pfg.

Der Vorstand.

Berichtigung.

In dem in der Samstagnummer erschienenen Inserat der Firma

G. Bucherer

„Kartoffeln“

hat sich durch ein Versehen des Setzers ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß bei dem Satz: „Aus schweren Wäden“ das Wort „nicht“ fortfallen, so daß der Satz richtig lautet: „Aus schweren Wäden ist dieses Jahr mit dieser Kalamität zu rechnen“.

gegen eine

in Säu- edigischen og ein und jangen ogetten, die

Teleph. 1715. Billigste Bezugsquelle für Teleph. 1715.

sämtl. Schneiderartikel

Furnituren, Bügelöfen und sämtl. Bügelutensilien.

Peter Mees, Karlsruhe, Herrenstraße 42.

NB. Damenjackettfutter in grosser Auswahl.

Arbeitsvergebung.

Im Auftrag des Stadtrats der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe habe ich die Bauarbeiten für die Stadtgartenbauten am neuen Bahnhofsplatz hier zu vergeben und zwar:

- Titel I: Erdarbeiten, II: Maurerarbeiten, III: Eisenbetonarbeiten, IV: Steinhauerarbeiten, V: Balgstellenlieferung, VI: Schmiedearbeiten.

Zeichnungen und Angebotsformulare können bei Unterzeichnetem eingesehen bzw. abgeholt werden. Dasselbst sind auch die Angebote bis 15. Oktober d. J., vorm. 10 Uhr mit entsprechender Aufschrift versehen, einzulegen.

Die Eröffnung findet statt für: Titel I und II am Mittwoch, den 15. Okt. d. J., vorm. 10 Uhr, Titel III u. IV am Mittwoch, den 15. Okt. d. J., vorm. 1/11 Uhr, Titel V u. VI am Mittwoch, den 15. Okt. d. J., vorm. 11 Uhr.

Karlsruhe, den 6. Okt. 1913. W. Wittali, Architekt, B.D.A., Kaiserstraße 225, 3. St.

Süßen 3888

Apfelmöft

täglich frisch gefiltert, empfiehlt, per Liter 26 Pfg., in Gebinden von 20 Liter ab billiger.

Auch ist fortwährend prima saures Mostobst zu haben bei

M. Oswald Schützen

straße 42 Kellerei mit elektrischem Betrieb.

Zahnschmerz

Blassocin 800

Zu haben in allen Apotheken

Rekrutenkoffer

Waschsäcke

Rekrutenkörbe

Kofferhaus Geschw. Lämle

51 Kronenstr. 51.

Cafel-

Trauben

aus frisch eingetroffen.

Waggon

gesunde blaue

per 100 K 1950

Mark 1950

bei mehr billiger.

Zuger

und Filialen.

Zybelstr. 12, 2. St., ist ein

schönes freundliches Zimmer

an einen besseren Arbeiter sofort

oder später zu vermieten. 3891

Et neuer 3897

Diwan

in Stoff ist billig zu verkaufen

bei Cetter, Winterstr. 22.



**Bekanntmachung.**

Die Herstellung der Evangelistenstraße betr. Aufgrund des § 22 des Ortsstrahengegesetzes und des § 7 der Verordnung vom 19. Dezember 1908, den Vollzug des Ortsstrahengegesetzes betreffend, soll ein Gemeindebeschluss folgenden Inhalts erlassen werden:

„Die Eigentümer der an die Evangelistenstraße angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenkosten zu erlegen.“

Es finden die „allgemeinen Grundzüge über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten nach § 22 des Ortsstrahengegesetzes“ (Beschluss des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) mit der Maßgabe Anwendung, daß auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke die Beiträge fällig werden, sobald die Ortsstraße benützlich hergestellt ist.“

Ein Kostenveranschlag, die Liste der beitragspflichtigen Grundeigentümer, aus der die Größe der Grundstücke sowie das Maß ihrer an die Straße stoßenden Grenzen zu ersehen ist, eine Kopie des Straßenplanes, sowie ein Abdruck der erwähnten „Grundzüge über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten“ liegen bis zum 27. Oktober 1913 auf dem Rathaus — Tiefbauamt — zur Einsicht auf. Einwendungen gegen den beabsichtigten Gemeindebeschluss wären bei Ausschlußvermeidung bis zum 30. Oktober 1913 anher geltend zu machen.

Zur Abstimmung darüber, ob die Beiträge auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke sofort nach der Straßenherstellung fällig sein sollen, wird gemäß § 22 Absatz 2 des Ortsstrahengegesetzes Tagfahrt anberaumt auf

Montag, den 27. Oktober 1913, nachmittags 5 Uhr,

in den Sitzungssaal des Stadtrats, zu der die Beteiligten hiermit geladen werden.

Bei der Abstimmung werden Nichterschienene und Nichtabstimmende als zustimmend gezählt.

Karlsruhe, den 9. Oktober 1913. 3979

Der Stadtrat. Dr. Paul. Rader.

**Bekanntmachung.**

Die Herstellung der Karlstraße zwischen Kant- und Schneckerstraße betreffend.

Aufgrund des § 22 des Ortsstrahengegesetzes und des § 7 der Verordnung vom 19. Dezember 1908, den Vollzug des Ortsstrahengegesetzes betreffend, soll ein Gemeindebeschluss folgenden Inhalts erlassen werden:

„Die Eigentümer der an die Karlstraße zwischen Kant- und Schneckerstraße angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenkosten zu erlegen.“

Es finden die „allgemeinen Grundzüge über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten nach § 22 des Ortsstrahengegesetzes“ (Beschluss des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) mit der Maßgabe Anwendung, daß auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke die Beiträge fällig werden, sobald die Ortsstraße benützlich hergestellt ist.“

Ein Kostenveranschlag, die Liste der beitragspflichtigen Grundeigentümer, aus der die Größe der Grundstücke sowie das Maß ihrer an die Straße stoßenden Grenzen zu ersehen ist, eine Kopie des Straßenplanes sowie ein Abdruck der erwähnten „Grundzüge über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten“ liegen bis zum 27. Oktober 1913 auf dem Rathaus — Tiefbauamt — zur Einsicht auf. Einwendungen gegen den beabsichtigten Gemeindebeschluss wären bei Ausschlußvermeidung bis zum 30. Oktober 1913 anher geltend zu machen.

Zur Abstimmung darüber, ob die Beiträge auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke sofort nach der Straßenherstellung fällig sein sollen, wird gemäß § 22 Absatz 2 des Ortsstrahengegesetzes Tagfahrt anberaumt auf

Montag, den 27. Oktober 1913, nachmittags 5 Uhr,

in den Sitzungssaal des Stadtrats, zu der die Beteiligten hiermit geladen werden.

Bei der Abstimmung werden Nichterschienene und Nichtabstimmende als zustimmend gezählt.

Karlsruhe, den 10. Oktober 1913. 3978

Der Stadtrat. Dr. Paul. Rader.

**Bekanntmachung.**

Die Berechtigungen an einer Reihe von besonderen Bestattungsplätzen (Nabattenplätzen) an den Umfassungsmauern, an den Haupt-, Seiten- und Fußwegen der Felder I—XVII des Hauptfriedhofs werden mit Ende dieses Jahres abgelaufen sein. Die Berechtigten, welche für diese Plätze eine Verlängerung ihres Benützungrechts zu erlangen wünschen, werden aufgefordert, dies bis längstens 1. Februar 1914 beim Bestattungsamt, Rathaus 3. Stock, Zimmer Nr. 73, schriftlich oder mündlich anzumelden.

Alle Bestattungsplätze, für welche bis 1. Februar 1914 ein weiteres Benützungrecht nicht erworben ist, werden nach diesem Zeitpunkt abgeräumt und anderweitig vergeben werden.

Karlsruhe, den 9. Oktober 1913. 3991

Stadt, Friedhofskommission. Dr. Hortmann. Liefer.

**Städtische Volksbildungskurse.**

Der regelmäßige Unterricht beginnt:

Montag, den 13. Oktober, in Französisch und Rechnen, Dienstag, den 14. Oktober, in Schön- und Rechtschreiben, Mittwoch, den 15. Oktober, in Literatur und Stenographie Gabelberger,

Donnerstag, den 16. Oktober, in Buchführung und Korrespondenz, Bürger- und Gesetzkunde und Stenographie Stolze-Schrey.

Der Unterricht wird in Schulzimmern der Markgrafenstraße, Markgrafenstraße 42 (Eingang Kreuzstraße) abgehalten und beginnt regelmäßig 8 Uhr 20 Minuten abends.

Zur Zusammenstellung der Kurse versammeln sich die Kursteilnehmer an den bezeichneten Tagen im Schulzimmer Nr. 1 des 1. Stockwerkes. 3989

Karlsruhe, den 10. Oktober 1913.

Der Stadtrat. Dr. Meischner. Neudeck.

**Achtung!**

Einige Tausend frühere Schulhefte verkaufe ich, um reich damit zu räumen, je 5 Stück zu 15, 20 und 25 Pfg., solange Vorrat. Dieselben eignen sich noch sehr gut für den Hausbedarf selbst, sowie für die Kinder als Hausheft. Nur beim

Pallmer, Ruffenstraße 89 zu haben. 3872

**Augen auf!**

Ich laufe abgelegte Kleider, Schuhe, Möbel, Betten, Antiquitäten, Gold- und Silbergegenstände, Militäreffekten, Wandschirme usw. zu billigsten Preisen. Best. Offerten erbeten an

H. Weintraub Kronenstr. 52. 3874

**Stubenvogel**

haben fast alle Milben, welche nicht nur lästig, sondern auch sehr gefährlich sind. Sie verursachen das Ausfallen der Federn, Natarche, Abzehrung der Vögel etc. Die Folge ist, daß ein guter Sänger nicht mehr singt. Dieses ist zu beheben oder vorzubeugen durch

„Eggen-Vogelband“, Säckchen 25 Pfg. Zu haben in den Drogerie- u. Samenhandlungen. Max Straus, Drogerie, Karlsruhe-Mühlburg, Hardtstraße 21. Engros: G. Prohmüller, Hof-Samenhandlung, Erbprinzenstr. 32. Telefon 1145.

**Lieferung von Grenzsteinen.**

Die Lieferung von etwa 2400 Grenzsteinen für die Jahre 1914 und 1915 und zwar für jedes Jahr etwa 1200 Stück soll vergeben werden.

Angebote sind postfrei, verschlossen und mit der Aufschrift „Grenzsteine“ versehen nebst Musterstein bis längstens Mittwoch, den 20. Oktober 1913, vormittags 10 Uhr an das städtische Tiefbauamt, Rathaus, Zimmer Nr. 116, einzureichen, wo ein Musterstein zur Einsicht aufgelegt ist und Bedingungen und Angebotsvordrucke abgegeben werden. 3992

Karlsruhe, 8. Oktober 1913. Stadt, Tiefbauamt.

**25**

**Schöne gute Betten**

darunter hochhaupt. und halbf. franz. in poliert und lackiert, zum Teil neu bezogen, werden, so lange Vorrat reicht, zu folgenden billigen Preisen verkauft:

hochhaupt. Mk. 40.— bis 60.— halbf. Mk. 25.— bis 50.—

andere verschiedene Betten von Mk. 20.— an. Bettstellen und Röhre mit Keil Mk. 8.— bis Mk. 15.—, leere Bettstellen Mk. 5.— bis 10.—, eiserne Bettstellen Mk. 3.— bis 5.—, einzelne Matratzen u. Federbetten, 1 Rohhaarmatratze, neu aufgearbeitet, 30 Pfund gutes Rohhaar, per Pfund Mk. 1.—, komplette Betten können in jeder gewünschten Preislage zusammengestellt werden. Ferner verkaufe ebenfalls sehr billig: eine- und zweiflügelige Schränke, Vertikals, Sofa Mk. 12.—, alt. Chaiselongue Mk. 6.—, Kommode Mk. 10.— bis 25.—, Kleiderschränke Mk. 8.— bis 20.—, einen Kasten neue Spiegel in allen Größen von Mk. 3.— an bis Mk. 9.—, Linoleum, sowie sonstige Möbel aller Art. 3994

**D. Gutmann, Rudolfstraße 12.**

Ein sehr schöner Waschtisch für 5 Mk., sowie ein bereits neuer Klapp-Tischstuhl billig zu verkaufen. Zu erst. Säulstr. 30, III. r.

**Lieg- u. Sitzwagen**

und ein Sportwagen, gut erhalt., billig zu verkaufen. Grenzstraße 10a, 2. Stock.

Zurlach, ist ein möbliertes Zimmer sofort zu vermieten.

Bis Donnerstag, den 16. Oktober:

**Grosser Sonder-Verkauf**  
von **Kostümstoffen.**  
Auf sämtl. Futterstoffe 10% Rabatt.  
**W. Boländer**  
Kaiserstrasse 121.

**Sonder-Preise**

Montag Dienstag Mittwoch

**Damenkleidung**  
**Handarbeiten**  
**Modewaren**

**Hermann Tiez**

**Möbel — Betten — Polsterwaren**

kaufen Sie sehr vorteilhaft, reell und billig bei

Gegr. 1878 **P. Hirt** Tel. 1340

(Inh. H. Trautwein)

Südstadt Rippurrerstrasse 36

Spezialhaus für gediegene Wohnungseinrichtungen in allen Stilarten und Preislagen.

Für Brautleute günstigste Einkaufsquelle.

Eigene Polsterwerkstätte. Franco Lieferung.

**Ausnahme-Preise** für diese Woche

- Serie I Herren-Anzüge . . . . . Mk. 12.50
- Serie II Herren-Anzüge . . . . . Mk. 15.00
- Serie III Herren-Anzüge . . . . . Mk. 18.50
- Serie IV Herren-Anzüge . . . . . Mk. 25.00
- Serie V Herren-Anzüge . . . . . Mk. 34.00
- Serie VI Herren-Anzüge . . . . . Mk. 42.00

**Konfektions-Haus „Mercur“**

60 Kaiserstrasse 60. Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!

**Canzleinde Mühlburg.**

Ende Oktober beginnt im Saale a. Ritter, Hardtstraße 11, eine neue Kurs. Donator: Herren 8 Mk., Damen 4 Mk. Gründliche Erlernung wird zugesichert. Anmeld. werden noch angen. bei Ad. Dürr, Tanzlehrer, Mühlb., Geibelstr. 2a, Freientladen. 3895

Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 3977

**Wilhelm** Zurlachstr.